



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Otto Gestefeld**  
Nationalsozialistische Herrschungspraxis in der Region 1933/34
- **„Heimtücke“**  
Verfolgung von Sozialdemokraten in Flensburg 1933-45
- **„Mehrsprachigkeit zelebrieren“**  
Festrede beim Knivsbergfest 2012
- **Rückkehr**  
Renate Schnack als Minderheitenbeauftragte
- **Kulturhauptstadt 2017**  
Gescheiterte Kandidatur mit Perspektive

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

*Redaktionsgeschäftsstelle:* Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

*Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.ads-grenzfriedensbund.de

*Geschäftszeit:* Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

*Beitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

*Abonnement:* 15 € Inland, 17,50 € Ausland

*Bankverbindungen:* HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407  
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

## INHALT

Seite

*Matthias Scharl*

„Seine ehrlose Gesinnung hat sich schon in seinem Vorleben gezeigt“. Die Affäre um den NSDAP-Kreisdeputierten Otto Gestefeld aus Tolk bei Schleswig 1934/35 ..... 151

*Jens Christian Jacobsen*

„Heimtückische“ Sozialdemokraten in Flensburg 1933-1945 ..... 167

*Peter Buhrmann*

„Mehrsprachigkeit zelebrieren“. Festrede beim Knivsbergfest 2012..... 179

*Frank Jung*

Rückkehr. Interview mit der Landesbeauftragten für Minderheiten Renate Schnack ..... 185

*Stephan Kleinschmidt*

Kulturhauptstadt 2017. Kandidatur Sonderburgs gescheitert, aber nicht vergeblich ..... 189

Umschau ..... 193

Buchbesprechungen ..... 210

Mitarbeiter/innen dieses Heftes ..... 215

Abbildungsnachweis ..... 216

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 4 €.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
  - Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
  - Dr. Matthias Scharthl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
  - Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa
- Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee  
Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98  
E-Mail: [mittelstaedt-design@web.de](mailto:mittelstaedt-design@web.de) · [www.mittelstaedt-media-design.de](http://www.mittelstaedt-media-design.de)

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

# „Seine ehrlose Gesinnung hat sich schon in seinem Vorleben gezeigt“

Die Affäre um den NSDAP-Kreisdeputierten Otto Gestefeld  
aus Tolk bei Schleswig 1934/35

von MATTHIAS SCHARTL

*Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht der Schleswiger Kreistagsabgeordnete, Kreisdeputierte und stellvertretende Landrat Otto Gestefeld aus Tolk. Im Rahmen der regionalen NS-Forschung ist er bislang weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl sein Aufstieg und sein tiefer Fall in den Jahren 1934/35 vor allem im nördlichen Schleswig-Holstein hohe öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Der Historiker und Leiter der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Dr. Matthias Schartl, schildert Gestefeld als eine in ein gut funktionierendes nationalsozialistisches Netzwerk eingebundene Führungsperson. Mitglieder dieses Netzwerkes versuchten, ihn ungeachtet der gegen ihn erhobenen Betrugsvorwürfe und der anschließenden Verurteilung zu mehr als drei Jahren Zuchthaus bis zuletzt zu schützen. Auch wenn die Affäre als Einzelfall zu werten ist, so wirft sie doch ein Schlaglicht auf die frühe nationalsozialistische Herrschaftspraxis und zeigt, mit welcher Vehemenz einzelne im Januar 1933 in führende Positionen gespülte regionale „NS-Fürsten“ ihre Machtstellung auskosteten. Gleichzeitig wird deutlich, dass, jedenfalls in den ersten Jahren der NS-Herrschaft, Gerichte und Persönlichkeiten wie der Landrat Roland Siegel sich nicht dem Druck der regionalen Parteiführung unter dem Gauleiter Hinrich Lohse beugten.*

*Die Redaktion*

## **Einführung**

Der Weg in die absolute Diktatur der NSDAP verlief auf unterschiedlichen Ebenen und in mehreren Etappen. Mit der Machtübertragung am 30. Januar 1933 sicherten sich die Nationalsozialisten zunächst wichtige Schlüsselpositionen im Staats-, Justiz- und Polizeiparat. Die „Notverordnung“ des Reichspräsidenten zum „Schutz von Volk und Staat“ nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar kappte die traditionellen Freiheits- und Rechtstraditionen der deutschen Geschichte und schuf die scheinlegale Basis für die Verfolgung der politischen Gegner. Die Reichs- und preußischen Landtagswahlen am

5. März bescherten der NSDAP in beiden Häusern eine stabile parlamentarische Mehrheit, und eine Woche später hatte sich die Hitler-Partei auch bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen eine weitere Basis für die Durchsetzung ihrer terroristischen Maßnahmen gesichert. Nationalsozialistische Stoßtrupps hatten schon vorher zur Hetzjagd auf ihre Feinde geblasen, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden mit zum Teil ungezügelter Gewalt und mit Duldung der Behörden misshandelt und in „Schutzhaft“ genommen. Dahinter stand nicht nur das Motiv der Abrechnung, vielmehr fühlten sich die Täter geradezu legitimiert, geltendes Recht zu brechen, während auf der anderen Seite die Opfer das Gefühl von Ohnmacht und Rechtlosigkeit erlebten.

„Die NSDAP hat in Stadt, Kreis und Provinz die absolute Mehrheit“, bejubelten die zu den braunen Machthabern übergelaufenen Schleswiger Nachrichten den Ausgang der Kommunal- und Provinziallandtagswahl in Schleswig-Holstein.<sup>1</sup> Zur ersten Sitzung des neuen Schleswiger Kommunalparlaments am 28. März 1933 war den sozialdemokratischen Abgeordneten die Teilnahme verwehrt worden. „Ein Zusammenarbeiten mit ihnen (ist) unmöglich“, erklärte der zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählte Zahnarzt Dr. Adolph Hering, der an der Spitze seiner Fraktion demonstrativ im Braunhemd in den altehrwürdigen Ständesaal des Rathauses einmarschiert war.<sup>2</sup>

Auch im Schleswiger Kreistag wurden umgehend Tatsachen geschaffen und die vier sozialdemokratischen und der erstmals gewählte kommunistische Abgeordnete von der konstituierenden Kreistagssitzung am 26. April ausgeschlossen.<sup>3</sup> Als Sprecher der 15-köpfigen NSDAP-Fraktion, die geschlossen und in Uniformhemden das mit Hakenkreuzen geschmückte Kreishaus betreten hatte, resümierte der zum Ersten Kreisdeputierten gewählte Abgeordnete Otto Gestefeld: „Das Bild, das wir heute sehen, das braune Bild, ist der Beweis dafür, dass die nationalsozialistische Revolution auch im Kreis Schleswig durchschlagend gewesen ist.“<sup>4</sup>

Die folgenden Maßnahmen gingen einher mit richtungweisenden Personalentscheidungen, durch die die Nationalsozialisten ihren absoluten Machtanspruch bis in die untersten Ebenen hinein eindrücklich untermauerten. Im Schleswiger Rathaus wurde der langjährige Bürgermeister Dr. Oscar Behrens in einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ am 9. August 1933 zum Rücktritt gezwungen und vom NSDAP-Ortsgruppenleiter Heinrich Blum, der als Beigeordneter auch im Kreisausschuss vertreten war, abgelöst. Der seit 1917 amtierende Landrat Gerhart Werther wurde trotz seiner Sympathiebekundungen für die braunen Machthaber nach Plön versetzt. Sein Nachfolger wurde NSDAP-Kreisleiter Joachim Meyer-Quade, der einer der bekanntesten schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten war und durch sein entschlossenes Auftreten in Parteikreisen hohe Anerkennung genoss.<sup>5</sup> Das Machtbewusstsein der NSDAP im Kreis

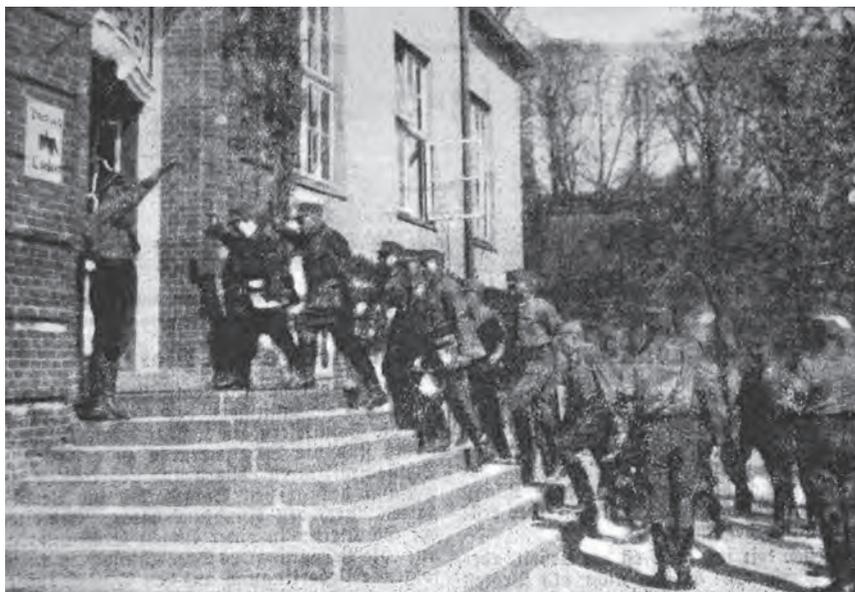


Abb. 1 Einzug der NSDAP-Fraktion in das Schleswiger Landratsamt am 26. April 1933

Schleswig untermauerte er mit der in der Tageszeitung kolportierten unverhohlenen Drohung, dass diejenigen, die „im Wege stehen und sich widersetzen, verschwinden müssen“.<sup>6</sup>

Mit Meyer-Quade, der später als Kieler Polizeipräsident und Brigade- und Obergruppenführer der SA-Gruppe Nordmark Karriere machte, und mit Blum kamen Parteimitglieder in Führungspositionen, die sich beim Aufstieg der NSDAP im Kreis Schleswig besonders hervorgetan hatten und nun durch die Beförderung in für sie normalerweise unerreichbare Positionen die von ihnen erwartete Belohnung für ihren Einsatz erhielten. Zum Kreis dieser Männer zählte auch Otto Gestefeld, der ein früher Wegbereiter des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und eine Führungsfigur einer einflussreichen regionalen NSDAP-Seilschaft war.

### **Otto Gestefeld – Kreisdeputierter aus Tolk**

Franz Otto Wilhelm Gestefeld wurde am 7. November 1884 in der Gemeinde Hütten, Kreis Eckernförde, geboren. Nach der Volksschule besuchte er das Realgymnasium in Rendsburg und bestand dort das Abitur. Den anschließenden Militärdienst leistete er beim Seebataillon in Kiel ab. Ein Jurastudium brach er nach acht Semestern ab, um anschließend bis zum Beginn des Ersten Welt-

kriegs auf verschiedenen landwirtschaftlichen Gütern zu arbeiten. Die Kriegszeit erlebte er im Lazarettendienst, später war er als Betriebsleiter erneut in der Landwirtschaft tätig. 1922 zog er in die kleine Gemeinde Tolk und arbeitete dort auf einem nahe gelegenen Gut seines Schwagers, dem Katharinenhof. Auf Fürsprache des Leiters der Tolker Spar- und Darlehenskasse wurde er 1925 zu dessen Nachfolger ernannt. Kurz darauf, und wohl nur als Zeichen einer gelungenen gesellschaftlichen Integration zu deuten, kam er in den Aufsichtsrat der Hauptgenossenschaft der schleswig-holsteinischen Spar- und Darlehenskassen und wurde zum Vorsitzenden gewählt.<sup>7</sup>

In Tolk, jener Gemeinde, die als ein Kristallisationspunkt der NSDAP im nördlichen Schleswig-Holstein gilt, leitete Gestefeld schon im Herbst 1924 den von ihm ins Leben gerufenen Stützpunkt der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsgemeinschaft“. Offiziell trat er der Partei am 1. März 1925 bei und gründete im Frühjahr 1927 zusammen mit dem Gastwirt Wilhelm Zerrahn und dessen Sohn Albert – den Inhabern des Ausflugslokals „Waldlust“ am Langsee – die NSDAP-Ortsgruppe, deren Vorsitz zwischen den Dreien wechselte.<sup>8</sup> Bei seinem Parteieintritt erhielt Gestefeld die niedrige Mitgliedsnummer 7.637. Damit zählte er zum Netzwerk der sog. „Alten Garde“ der NSDAP, jener Gruppe von Parteimitgliedern, die im Jahre 1934 mit dem goldenen Parteiabzeichen aus-



Abb. 2 Ansichtskarte vom Ausflugslokal „Waldlust“ am Langsee, der NSDAP-Keimzelle im Kreis Schleswig



Abb. 3  
Otto Gestefeld (1884-1962)

gezeichnet wurden und in den eigenen Reihen hohes Ansehen besaßen. Seine Frau Anna Gestefeld war der NSDAP mit der Mitgliedsnummer 7.638 am selben Tag beigetreten. Anna Gestefeld, geboren am 3. Juni 1889 in Kiel, gründete in Tolk eine Ortsgruppe des „Deutschen Frauenordens“ (Rotes Hakenkreuz) und amtierte zudem als Leiterin der „NS-Kreisfrauenschaft“.

In der Kommunalpolitik machte Gestefeld mit seiner Wahl in den Tolkter Gemeinderat im Herbst 1924 erstmals auf sich aufmerksam. Am 12. Januar 1925 avancierte er zum Gemeindevorsteher, kam 1929 einstimmig wieder in diese Funktion und wurde im Mai 1933 zum Amtsvorsteher ernannt. In den Schleswiger Kreistag wurde er zusammen mit vier weiteren NSDAP-Kandidaten erstmals im November 1929 gewählt. Nach seiner Wiederwahl wurde er am 27. April 1933 Erster Kreisdeputierter und amtierte als Stellvertreter des wenige Tage später zum neuen Landrat gekürten Meyer-Quade. Außerdem war er am 12. März 1937 in den Provinziallandtag gewählt worden.

## **Steuerboykott von Landwirten und Gemeinden**

Gestefelds politische Karriere war eng mit dem Aufstieg der NSDAP im Kreis Schleswig verbunden. Er galt als ehrgeizig und selbstherrlich. Eigene Interessen pflegte er rücksichtslos durchzusetzen und schreckte dabei auch vor Gesetzesverstößen nicht zurück. Öffentliches Aufsehen erregte er erstmals im Jahre 1932, als er Landwirte seiner Gemeinde zu einem Zahlungsboykott gegenüber den Finanzbehörden animierte, um damit dem ihm verhassten Weimarer Staat finanziell zu schaden. Von ihm aufgehetzt, weigerten sich zudem mehrere Gemeinden die jährliche Gemeindesteuerumlage an den Kreis Schleswig abzuführen. Dieser politisch begründete Boykott drohte im Frühjahr 1933 die gesamte regionale NSDAP-Führungsspitze in Verruf zu bringen. Gerade erst ins Amt gekommen, musste Landrat Meyer-Quade die säumigen Gemeinden nachdrücklich zur pünktlichen Zahlung auffordern, „da heute, da der Kreis tatsächlich von Nationalsozialisten geführt und seine Institutionen von Nationalsozialisten kontrolliert werden, die beste Garantie dafür gegeben (ist), dass die einkommenden Gelder – wie übrigens im großen und ganzen auch früher nicht – nicht verpulvert würden.“<sup>9</sup>

Nur bei wenigen scheint dieser Appell jedoch gefruchtet zu haben. Noch im April 1934 klagte die Kreiskasse über erhebliche Außenstände. Auf einer NSDAP-Kreisleitertagung in Schleswig mahnte Gauleiter Hinrich Lohse die betreffenden Gemeinden daher zur Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten: „Wer den Staat nicht sabotieren will, muss seine Steuern zahlen.“ Selbst der spätere Landrat Hans Kolbe hatte in seiner Dienstzeit wiederholt mit der Zahlungsunwilligkeit zu kämpfen und löste das Problem schließlich damit, dass er die „Schuldner“ auf einer im Flur des Kreishauses hängenden Landkarte markierte und öffentlich anprangerte.<sup>10</sup>

## **Stellenbesetzungen bei den Kreisverkehrsbetrieben und der Kreissparkasse**

Anfang 1933 geriet Otto Gestefeld in den Verdacht der Urkundenfälschung, mit der er als Sparkassenleiter mehreren Parteifreunden aus seiner Gemeinde zu zinsgünstigen Darlehen verholpen haben soll. Um einen ihm lästigen Belastungszeugen loszuwerden, denunzierte Gestefeld diesen beim NSDAP-Gaugericht in Kiel und erreichte dessen Parteiausschluss wegen „Verbreitung unwahrer Gerüchte“. Im Fadenkreuz der Justiz stand Gestefeld zudem wegen seines Verhaltens bei der Entlassung des langjährigen Kreissparkassenleiters Oluf Jensen im Herbst 1933. Auf der Suche nach einem Nachfolger, der seinen Vorstellungen am Nächsten kam, hatte er zusammen mit Landrat Meyer-Quade den früheren Leiter der Kreditbank in Leck Christian Petersen vorgesehen. Pe-

tersen war kurz zuvor auf seine Empfehlung hin sogar in den Kreditausschuss der Kreissparkasse gewählt worden und amtierte nach der Entlassung Jensens für einige Monate als kommissarischer Leiter. Wegen früherer Verfehlungen in seiner alten Wirkungsstätte in Leck musste er sein Amt jedoch ein Jahr später niederlegen.<sup>11</sup>

Der vakante Direktorenposten sollte daraufhin mit dem bisherigen stellvertretenden Leiter der Stormarner Kreissparkasse Alfred Miethke neu besetzt werden. Miethke, am 7. März 1903 in Kiel geboren und zum höheren Sparkassendienst ausgebildet, sollte nach der erforderlichen Bestätigung durch den Kreisausschuss am 16. August 1934 seine Tätigkeit aufnehmen. Trotz ausgezeichneter Referenzen entsprach er aber nicht den Vorstellungen der NSDAP-Kreisclique. Gestefeld bezeichnete ihn auf einer Verwaltungsratssitzung als „politisch unzuverlässig“ und verhinderte damit dessen Amtsantritt. Offenbar hatte er sich jedoch verkalkuliert, denn Miethke wurde auf Empfehlung des erst seit kurzer Zeit im Amt befindlichen neuen Landrats Dr. Roland Siegel wenige Tage später erneut berufen und wirkte im Kreis Schleswig als erfolgreicher Sparkassenleiter bis zur Erreichung des Ruhestandes in den 1960er Jahren.

Überschattet wurden diese Querelen durch eine weitere Betrugsaffäre, die Gestefelds Position nachhaltig schwächte und die um ihren Ruf bedachte NSDAP-Gauleitung auf den Plan rief. Gestefeld wurde verdächtigt, als Leiter der Tolker Spar- und Leihkasse ungedeckte Schecks zum Nachteil der Schleswiger Kreisverkehrsbetriebe ausgestellt zu haben. Der Fall kam ans Licht im Zusammenhang mit der Entlassung des Direktors der Kreisverkehrsbetriebe Heinrich Struck, der seit seinem Dienstantritt im Jahre 1927 ein gespanntes Verhältnis zur NSDAP hatte.<sup>12</sup> Während der Austausch von missliebigem Führungspersonal in der Regel keine Mühe bereitete, ging dieser Personalwechsel zur Überraschung der regionalen NS-Führung nicht geräuschlos über die Bühne und erregte öffentliches Aufsehen. Dabei entpuppte sich Strucks Entlassung im September 1933 letztlich als Racheakt eines bei der damaligen Stellenbesetzung übergangenen Mitbewerbers, eines NSDAP-Parteimitglieds, das selbst unter dem Verdacht der Bestechlichkeit stand. Gestefeld sah in diesem Zwist eine willkommene Gelegenheit, um die gegen ihn aufgekommenen Betrugsvorwürfe zu vertuschen, und setzte im Kreisausschuss die Entlassung von Struck durch. Im April 1934 kam es zu einem Aufsehen erregenden Arbeitsgerichtsprozess in Flensburg, in dessen Folge Struck seine Wiedereinstellung durchsetzte.<sup>13</sup>

Neben dem zwischenzeitlich zum SA-Brigadeführer beförderten Joachim Meyer-Quade, dem kommissarischen Schleswiger Bürgermeister Heinrich Blum und Kreisbauernführer Ernst Hansen hatte vor dem Arbeitsgericht auch Otto Gestefeld als Zeuge aufzutreten. Die Richter attestierten Struck in ihrem Urteilsspruch zwar „ein gestörtes Verhältnis“ zu einzelnen Mitarbeitern. Grund für

eine fristlose Kündigung sei dies jedoch nicht. Die vier als Zeugen gehörten NS-Funktionsträger hätten in ihren Aussagen zudem die Unwahrheit gesagt und Betriebsangehörige zu Falschaussagen animiert. Insbesondere Gestefeld habe während einer von ihm anberaumten Betriebsversammlung wenige Tage vor Prozessbeginn bewusst die Stimmung gegen Struck geschürt, die anwesenden „Gefolgschaftsmitglieder“ zu einer unzulässigen Unterschriftenaktion genötigt und mit Geld bestochen. Die Ursache für sein Handeln und seine „feindliche Einstellung“ gegenüber Struck lag, so begründete das Arbeitsgericht sein Urteil, „in der Angelegenheit mit den nicht gedeckten Schecks“.

### **Ein neuer Landrat als Aufklärer**

Die NSDAP-Gauleitung, der diese Affäre nicht verborgen bleiben konnte, war anscheinend schon frühzeitig alarmiert. Der in diesem Zusammenhang als Mitwisser kompromittierte und in seinen Verwaltungsaufgaben sichtlich überforderte Landrat Meyer-Quade war bereits Ende November 1933 abberufen worden. Zur Aufklärung holte Gauleiter Hinrich Lohse den Verwaltungsjuristen Dr. Roland Siegel aus dem preußischen Innenministerium nach Schleswig.<sup>14</sup> Als in unterschiedlichen Funktionen bewährter Beamter übernahm er das Schleswiger Landratsamt zunächst kommissarisch und wurde auf einstimmige Empfehlung des Kreisausschusses am 17. März 1934 als Landrat bestätigt.

Roland Siegel stammte aus Kiel, wo er am 10. November 1902 geboren wurde. 1922 legte er an der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg die Reifeprüfung ab und studierte anschließend in Freiburg/Breisgau und Kiel Rechts- und Staatswissenschaft. Nach dem Examen wurde er bei verschiedenen schleswig-holsteinischen Kommunalverwaltungen ausgebildet und 1929 nach bestandener Prüfung zum Regierungsassessor ernannt. Anschließend berufliche Tätigkeiten führten ihn nach Ostpreußen, wo er am 1. März 1932 der NSDAP beitrug. Im Dezember 1932 kam er als höherer Verwaltungsbeamter zur politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten. Hier gelangte er nach dem 30. Januar 1933 als Personaldezernent in eine Schlüsselposition und wirkte als enger Mitarbeiter des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten, Konteradmiral a. D. Magnus von Levetzow, bei der politischen Säuberung des Beamtenapparates maßgeblich mit. Anfang Mai erfolgte eine Beförderung ins preußische Innenministerium. Am 1. Oktober 1933 wurde er zum Regierungsrat ernannt.<sup>15</sup>

Siegel verdankte seinen rasanten Karrieresprung in erster Linie seiner Zugehörigkeit zur NSDAP. Wurde er als neuer Landrat in Schleswig noch freundlich empfangen, verschlechterte sich das Verhältnis zur NSDAP-Kreisclique zusehends. Mit dem Ziel, die Partei vor Schaden zu bewahren, machte er rasch deutlich, die Affäre „Gestefeld“ ohne Rücksicht auf Personen aufklären zu wol-



Abb. 4  
Landrat Dr. Roland Siegel  
(1902-1987)

len. Schon nach nur kurzer Einarbeitungszeit forderte er seinen ins Zwielficht geratenen Stellvertreter Gestefeld zur sofortigen Stellungnahme auf und legte ihm einen Rücktritt nahe. Da keinerlei Reaktion erfolgte, wandte sich Siegel an Regierungspräsident Anton Wallroth und berichtete, dass in Gestefelds Verhalten „wohl eine eines Beamten nicht würdige Handlungsweise vorliegen dürfte“. Zwei Wochen später forderte er Wallroth – allerdings vergeblich – dazu auf, Gestefeld als Amts- und Gemeindevorsteher unverzüglich abzurufen, da dieser „von der Mehrheit der Bevölkerung im Kreis, darunter alten Parteigenossen, abgelehnt wird“<sup>16</sup>.

Ausschlaggebend für Siegels Vorgehen war eine Versammlung in Tolk im Juli 1934, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende der Spar- und Leihkasse, Peter Thießen, Gestefeld der Urkundenfälschung bezichtigte und ein anwesender Gemeindevorsteher ihn sogar öffentlich als einen „Lumpen“ bezeichnete. Der zu allem entschlossene und die Affäre hartnäckig verfolgende Landrat beschloss nunmehr, Gestefeld mit einem riskanten Kunstgriff aus der Defensive zu locken. Er legte ihm nahe, aus Selbstschutzgründen Anzeige wegen übler Nachrede zu stellen. Er könne es „als Vorgesetzter nicht verantworten, dass einer meiner Gemeindevorsteher in der unglaublichsten Weise, wie hier geschehen, beleidigt würde“. Gestefeld hingegen setzte auf Zeit, vertraute auf seine guten Freunde und seine Kontakte zur Gauleitung. Als er nach einer weiteren Mahnung Siegels

erneut nicht reagierte, erstattete der Landrat nun selbst beim zuständigen Flensburger Landgericht Strafanzeige gegen den oben erwähnten Peter Thießen mit der Bitte „um beschleunigte Behandlung, da durch die Beleidigung sowohl das persönliche Ansehen als auch die Autorität eines Mannes (nämlich Gestefelds, M.S.), der zahlreiche Ehrenämter verwaltet, geschädigt wird“<sup>17</sup>.

In der Bevölkerung schlugen die Wogen der Empörung derweil immer höher. Im August 1934 wandte sich der durch Gestefeld aus dem Amt gedrängte Breklinger Gemeindevorsteher Andreas Medau in einem Brief an die NSDAP-Reichsleitung in München und klagte darin über die „Eigennützigkeit und Eigenmächtigkeit einzelner führender Parteiangehöriger unseres Kreises, die nach meiner Meinung der Idee des Nationalsozialismus direkt zuwiderläuft“. Seiner Enttäuschung freien Lauf lassend bezichtigte er auch noch den früheren Landrat Meyer-Quade, sich zu wenig um seine Amtsgeschäfte gekümmert zu haben. In einem weiteren Brief an die NSDAP-Kreisleitung drohte er, die Angelegenheit öffentlich zu verbreiten, wenn Gestefeld „nicht umgehend von seinen sämtlichen Ämtern abgesetzt“ werde.<sup>18</sup>

Ungeachtet der von der Staatsanwaltschaft zwischenzeitlich eingeleiteten Untersuchung hatten die von Siegel eingeweihte Gauleitung und auch das Oberpräsidium im Oktober 1934 immer noch nicht reagiert. Obwohl es in der Partei bereits heftig rumorte, ließ Gauleiter Lohse mehrfach geäußerte Bitten für ein persönliches Treffen unbeantwortet. Sichtlich verärgert listete Siegel daher am 30. Oktober in einem elfseitigen Bericht die Verfehlungen seines Stellvertreters minutiös auf und leitete diesen erneut Regierungspräsident Wallroth zu. Er halte – so hielt er einleitend fest – den beschuldigten Gestefeld für „unfähig und unwürdig ein Ehrenamt zu bekleiden“. Dieser sei der „unzuverlässigste Ehrenbeamte im Kreis, unaufrichtig und wortbrüchig und treibt eine unverantwortliche Hetze“. Die Staatsanwaltschaft habe „ihn der Urkundenfälschung überführt“, ja letztlich habe „sich seine ehrenlose Gesinnung auch schon in seinem Vorleben gezeigt“. Neben dem schon erwähnten Betrugsvorwurf wies Siegel auf weitere schwerwiegende Verfehlungen von Gestefeld hin. Dieser habe mit seinem Aufruf zum Steuerboykott dem Kreis geschadet und bei der von ihm geleiteten Tolker Spar- und Leihkasse treuhänderisch hinterlegte Gelder unterschlagen. Für die finanziellen Nachteile, die den Gemeinden dadurch entstanden wären, sei „er persönlich haftbar“. Mit Hinweis auf die bei ihm eingegangenen Beschwerden von Amts- und Funktionsträgern, darunter sogar „alte Parteigenossen“, bat er Wallroth nochmals eindringlich darum, Gestefeld unverzüglich von allen Positionen abuberufen, und resümierte, dass dieser, „der das goldene Parteiabzeichen trägt, Bewegung und Staat im Kreise Schleswig ungeheuer geschadet hat. Die Bevölkerung des Kreises zeichnet sich durch gerade, aufrechte Haltung aus, und verlangt deshalb mit Recht Gestefelds sofortige Absetzung.“<sup>19</sup>

## Des Gauleiters schützende Hand

Obwohl sich die gegen Gestefeld erhobenen Vorwürfe nicht mehr verheimlichen ließen und ebenso die Flensburger Staatsanwaltschaft zum Jahresende 1935 ihre Ermittlungen aufnahm, war NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident Lohse immer noch nicht bereit, seinen alten Weggefährten fallen zu lassen<sup>20</sup>. Auf einen an ihn gerichteten Beschwerdebrief des früheren Amtsvorstehers in Tolk, Heinrich Schmidt (Taarstedt), der im April 1933 durch Gestefeld aus dem Amt gedrängt worden war, reagierte Lohse gar mit einer Strafanzeige wegen Beleidigung führender Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP. Bei einer NSDAP-Kreistagung in Schleswig wies er Ende November 1934 erneut sämtliche gegen Gestefeld erhobenen Vorwürfe „aufs Schärfste zurück“, wie die Schleswiger Nachrichten zu berichten wussten.<sup>21</sup>

Der Flensburger Staatsanwaltschaft, bei der er zuvor vergeblich versucht hatte, das Verfahren einstellen zu lassen, teilte Lohse mit, dass Gestefeld langjähriges Parteimitglied sei und „die Bewegung ihm viel zu verdanken (hat). Ich nehme einen Parteigenossen grundsätzlich solange in Schutz, als Beweise für erhobene Angriffe nicht beigebracht werden. Bleiben solche Angriffe immer wieder ohne Verfolgung, so müsse die Autorität des Staates und der Partei darunter empfindlich leiden. Gerade im Kreis Schleswig muss einmal gerichtlich unter Beweis gestellt werden, dass die Träger der Partei und des Staates einwandfrei dastehen und ihre Maßnahmen in keiner Weise das Licht der Öffentlichkeit zu fürchten brauchen.“<sup>22</sup>

Die Ermittlungen liefen jedoch trotz dieses Versuchs der Einflussnahme unbeeindruckt weiter. Nach mehrtätigem und Aufsehen erregenden Prozess wurde Otto Gestefeld schließlich am 9. August 1935 wegen schwerem Betrug vom Flensburger Landgericht zu drei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus, einer Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Erst danach erfolgten auch parteiinterne Konsequenzen und Gestefeld wurde am 18. Dezember 1935 vom Parteigericht aus der NSDAP ausgeschlossen. Nach der Haftentlassung arbeitete er seit März 1939 im Hochofenwerk in Lübeck-Herrenwyk. Mit Fürsprache seiner alten Freunde in der Gauleitung suchte er im Oktober 1940 um Wiederaufnahme in die Partei nach, was aber mit letztem Schreiben aus der Reichskanzlei vom 31. März 1941 mit der Begründung, dass eine „Wiederaufnahme in die Partei als den Orden der Besten des deutschen Volkes“ nicht möglich sei, abschlägig beschieden wurde. In Lübeck wurde Gestefeld bei der üblichen Entnazifizierung im Oktober 1948 in die Kategorie IV als „Mitläufer“ eingestuft. In der Hansestadt ist er auch am 11. Dezember 1962 verstorben.<sup>23</sup>

Selbst nach seiner Verurteilung stellte sich Lohse nochmals bei einem öffentlichen Auftritt im Kreis Schleswig „in herzlichster Kameradschaft“ schützend vor

seinen alten Weggefährten: „Wir sollten uns doch wahrhaft mit anderen Dingen als mit Dreck befassen, das sind Dinge, die eines Nationalsozialisten unwürdig sind. Die Zeit des Kampfes mit ihrer schönen Kameradschaft muss immer unser Vorbild bleiben und sollte verhindern, dass in unseren eigenen Reihen Parteigenossen sich zu schaden suchen und in den Dreck zu ziehen.“<sup>24</sup>

### **Abruptes Karriereende und andere Folgen**

Der aufrechte Landrat Roland Siegel hatte sich indes mit seinem Aufklärungseifer die anfänglichen Sympathien Lohses verscherzt. „Solange ich Landrat des Kreises Schleswig bin, kämpfe ich für Sauberkeit und Ehre“, hatte Siegel noch am Ende seines oben erwähnten Berichts im Oktober 1934 erklärt<sup>25</sup>. Seine einst in Berlin begonnene hoffnungsvolle Karriere neigte sich so schnell dem Ende entgegen. Noch bevor das Verfahren gegen Gestefeld juristisch abgeschlossen war, wurde er auf Veranlassung Lohses Ende November 1934 abberufen und auf einen Landratsposten in Ostpreußen versetzt. Siegels Verhältnis zum Gauleiter war zusätzlich dadurch belastet, dass er beim Röhm-Putsch im Juni 1934 die Verhaftung eines Schleswiger SA-Führers trotz höherer Anweisung verweigert haben soll. Auch bei der Berufung von Amts- und Gemeindevorstehern soll er zum Unmut der NSDAP-Kreisleitung wiederholt nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen sein und ihm ungeeignet erscheinenden Wunschkandidaten der Partei die Ernennung verweigert haben. Dem von Kreisleiter Ernst Kolbe und der DAF-Ortsgruppe Schleswig vehement zur Umsetzung angemahnten Beschluss zur Beschäftigung verdienter NSDAP-Mitglieder in der Kreisverwaltung soll er ebenso nicht in dem geforderten Umfange nachgekommen sein.

Siegel selbst bemerkte nach Kriegsende, dass ihm Lohse sein Vorgehen im Fall Gestefeld nie verziehen habe. Deshalb sei er von Parteidienststellen weiterhin scharf beobachtet worden. Im Juni 1936 leitete das NSDAP-Gaugericht Königsberg ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein, weil er sich bei einer Pferdemusterung auf dem Hof eines jüdischen Gutsbesitzers habe bewirten lassen und dabei in der Uniform eines politischen Leiters aufgetreten sei. Am 6. Juli 1936 erfolgte die Strafversetzung in den einstweiligen Ruhestand. Auch während einer späteren Tätigkeit in der Reichsstraßenverkehrsverwaltung in Breslau soll er sich mehrfach mit der Partei angelegt haben. 1942 wirkte Siegel als Bevollmächtigter für den Nahverkehr in Düsseldorf, ehe er im Jahr darauf zur Wehrmacht an die Ostfront und im September 1943 zur Militärverwaltung in Italien einberufen wurde. Im Krieg soll er Kontakte zu Widerstandskreisen geknüpft und zur Gruppe der „politisch zuverlässigen Personen“, die nach einem erfolgreichen Putsch für die Übernahme von Regierungspositionen geeignet erschienen, gezählt haben. Nach einer mehrere Monate währenden Internierungshaft

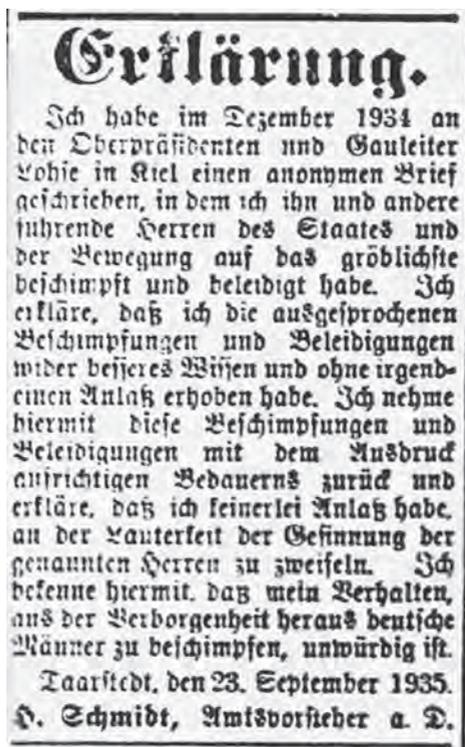


Abb. 5  
In den Schleswiger Nachrichten  
am 24.9.1935 veröffentlichte  
Entschuldigung des früheren  
Amtsvorstehers in Tolk,  
Heinrich Schmidt

wieder in Schleswig wohnend, wurde Siegel im Entnazifizierungsverfahren am 17. August 1948 als entlastet eingestuft. In Heppenheim ist Siegel 85-jährig am 8. Oktober 1987 gestorben.<sup>26</sup>

Auch der erwähnte ehemalige Amtsvorsteher Schmidt aus Tolk, gegen den Lohse Verleumdungsanzeige erstattet hatte, bekam den Zorn des Gauleiters zu spüren. Im September 1935 kam es, auf Vermittlung von Schmidts Sohn, der als Rechtsanwalt in Schleswig tätig war, zu einem Vergleich, bei dem das Verfahren gegen Zahlung eines „Sühnegeldes“ in Höhe von 2.000 RM eingestellt wurde. Außerdem wurde Schmidt aufgetragen, eine Erklärung in den regionalen Zeitungen abzugeben, um sich für seine „beleidigenden“ Äußerungen öffentlich zu entschuldigen. Der Hinweis des Sohnes, dass die Angelegenheit dadurch nur weiter verbreitet werde, verhallte ungehört. Lohse wollte ein Exempel statuiert wissen und Mitwisser davon abhalten ebenfalls an die Öffentlichkeit zu gehen. Auch dies mag ein Zeichen dafür sein, wie tiefgehend die NSDAP von der Affäre „Gestefeld“ betroffen war.<sup>27</sup>

## Neue Köpfe in Verwaltung und Partei

Der Sturz des Otto Gestefeld markierte gleichsam das Ende der ersten Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme im Kreis Schleswig. Bemerkenswert ist es, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Mehrheit der administrativen, politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger die in seinen Verfehlungen liegende Brisanz unterschätzten und zunächst tatenlos zusahen. Befürchtungen wegen der in der Affäre liegenden negativen Außenwirkung, aber auch das vorhandene Bedürfnis, alte Weggefährten nicht fallen zu lassen, spielten dabei eine wesentliche Rolle. Erst nachdem sich die gegen Gestefeld erhobenen Vorwürfe nicht mehr verheimlichen ließen und aufkeimende innerparteiliche Konflikte zu eskalieren drohten, zog Oberpräsident und Gauleiter Lohse die Konsequenzen. Am Ende ließ er allerdings auch den von ihm zur Aufklärung ins Schleswiger Landratsamt geholten Dr. Roland Siegel fallen, weil ihm dieser zu eigenständig und ohne Rücksicht auf die innige Männerfreundschaft Lohses mit Gestefeld handelte.

Zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Kreis Schleswig lancierte Lohse zwei in anderen Funktionen bewährte Persönlichkeiten auf die vakanten Positionen und folgte damit dem auch andernorts praktizierten Muster seiner Personalpolitik. Nachfolger Siegels als Landrat wurde mit Wirkung zum 1. Dezember 1934 der zwei Jahre zuvor aus dem aktiven Militärdienst ausgeschiedene und als untadelig geltende Marineoffizier Vizeadmiral a.D. Hans Kolbe. Ebenso musste sein Namensvetter, der seit Ende 1933 amtierende Kreisleiter Ernst Kolbe, seinen Stuhl räumen. An seine Stelle trat der aus Leck (Kreis Südtondern) stammende Tierarzt Dr. Georg Carstensen.<sup>28</sup>

Die beiden neuen Amtsträger sahen ihre Aufgabe vor allem darin, den Verwaltungs- und Parteiapparat zu organisieren und für eine reibungslose Umsetzung der sie erreichenden Direktiven zu sorgen. Als „erfahrener Admiral“ habe er sich, so heißt es in einer späteren Beurteilung von Hans Kolbe, „in verhältnismäßig kurzer Zeit in die nicht leichten Verhältnisse seines Kreises eingearbeitet“ und erheblich dazu beigetragen, dass sich „die Stimmung der Bevölkerung durch sein geschicktes Eingreifen wesentlich gebessert“ habe.<sup>29</sup> Auch Carstensen agierte als funktionierendes Rad im verbrecherischen NS-System. Er trat als Redner auf und repräsentierte die Partei bei den von der Kreisleitung organisierten öffentlichen Großveranstaltungen. Seinen Einfluss auf die Kreisverwaltung und damit auch auf Landrat Hans Kolbe sicherte er sich durch seine Berufung in den Kreisausschuss, wo er die Position des Ersten Kreisdeputierten wahrnahm und (bis 1939) als stellvertretender Landrat amtierte. Für die um ihr Ansehen im Kreis Schleswig fürchtenden Nationalsozialisten erwiesen sich beide als Glücksgriff. Ihre Amtsführung trug wesentlich mit dazu bei, dass sich die

von den Machenschaften des „Alten Kämpfers“ Otto Gestefeld und seiner bis zuletzt zu ihm haltenden regionalen NSDAP-Seilschaft aufgewühlte Stimmung merklich beruhigte.

#### Anmerkungen

- 1 Bernd Philipsen, Vor 75 Jahren: Als Schleswig „braun“ wurde. Das Jahr 1933 in der Stadt Schleswig, in: Beiträge der Gesellschaft für Schleswiger Stadtgeschichte (BSSt) 53 (2008), S. 23 ff.; hierzu auch: Hermann Clausen, Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach zwei Weltkriegen, Flensburg 1966; Theo Christensen, Schleswig 1836-1945. Eine Stadt und ihre Bürger in 110 Jahren des Wandels aller Lebensbedingungen, Schleswig 1981, S. 74 ff.; Falk Ritter, Dr. Adolph Herting (1896-1987) – Schleswigs zweiter nationalsozialistischer Bürgermeister, in: BSSt 44 (1999), S. 75 ff.
- 2 Zitat in: Schleswiger Nachrichten (SN), 14.3.1933; siehe auch: Matthias Scharl, Eine Clique „alter Kämpfer“. Aufstieg und Fall regionaler NSDAP-Eliten in Stadt und Landkreis Schleswig, in: Demokratische Geschichte – Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Bd. 15 (2003), S. 161 ff.
- 3 Zum Folgenden: Matthias Scharl, Claudia Koch, Landräte und Kreispräsidenten im Kreis Schleswig-Flensburg, Schleswig 2008, S. 44 ff.
- 4 SN, 27.4.1933.
- 5 Zu den Biographien: Scharl, Koch, Landräte, S. 46 ff.
- 6 SN, 20.5.1933.
- 7 Bundesarchiv Berlin, BDC-OPG, Otto Gestefeld und BDC-SSO, Otto Gestefeld sowie: Kreis- und Stadtarchiv Schleswig (GA SI-FI) Abt. B 0.2/8 und B 2.10/245.
- 8 Zur Rolle der Gemeinde Tolk und zum legendären Ruf des Ausflugslokals „Waldlust“ als Keimzelle der NSDAP im nördlichen Schleswig-Holstein: SN, 30.11.1933, sowie Scharl, Eine Clique, S. 168 f. und 197 f.
- 9 Schleibote, 29.5.1933.
- 10 Schleibote, 20.4.1934, 14.5.1934 sowie SN, 12.9.1957.
- 11 Hierzu und zum Folgenden: Matthias Scharl, Der Kreis Schleswig-Flensburg und seine Sparkassen. Die Geschichte eines kommunalen Finanzunternehmens im Dienste der Region und ihrer Menschen, Schleswig 2007, S. 55 ff.
- 12 Hierzu und zum Folgenden: Scharl, Eine Clique, S. 209 f.
- 13 Vgl. Scharl, ebd.; Schleibote, 17.2.1934, 24.2.1934, SN, 3.3.1934; Flensburger Nachrichten, 17.2.1934; unverz. Personalakte Betriebsdirektor Heinrich Struck, in: GA SI-FI und Zeugenaussagen im Entnazifizierungsverfahren Struck in Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) 460/1380.
- 14 Ohnehin war Meyer-Quade mit der Leitung der Kreisverwaltung überfordert, so dass ihm nach nur wenigen Monaten im Amt im Oktober 1933 ein Verwaltungsjurist zur Seite gestellt werden musste. So wurde er als SA-Führer nach Niedersachsen abkommandiert, kehrte von dort aber – zum SA-Brigadeführer befördert – schon Anfang Januar 1934 nach Schleswig-Holstein zurück. Dazu auch: Sebastian Lehmann,

- Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, S. 218 f., sowie Scharthl/Koch, Landräte, S. 46 ff.
- 15 Scharthl/Koch, Landräte, S. 47 ff.
  - 16 Hierzu und zum Folgenden die landrätlichen Berichte sowie das Landgerichtsurteil gegen Gestefeld vom 9.8.1935, GA SI-FI Abt. B 0.2/8.
  - 17 Strafanzeige an das Amtsgericht Schleswig vom 13.7.1934.
  - 18 An Siegel gerichtete Abschriften Lohses vom 25.9.1934, LAS 320 SI-L/133.
  - 19 Bericht Siegel an Regierungspräsident Wallroth vom 30.10.1934, GA SI-FI B 2.10/245.
  - 20 Insbesondere als Gauleiter besaß er eine „ungebrochene Personalhoheit nach unten“, so Lehmann, Kreisleiter, S. 476.
  - 21 SN, 1.12.1934.
  - 22 Der Vorgang ist dokumentiert in LAS 301/4511.
  - 23 Entnazifizierungsakte (Blattsammlung) im Archiv der Hansestadt Lübeck; Standesamt III Lübeck-Herrenwyk Nr. 87/1962. Zum gescheiterten Wiederaufnahmeantrag: Bundesarchiv Berlin, BDC-SSO, Otto Gestefeld.
  - 24 SN, 1.12.1935.
  - 25 Wie Anm. 16.
  - 26 Leumundszeugnisse und Urteile im Entnazifizierungsverfahren Siegel, LAS 460.12/24, Siegel, Roland.
  - 27 LAS 301/4511, die Anzeige erschien in den SN, 24.9.1935, in der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung am 27.9. und in den Flensburger Nachrichten am 28.9.1935.
  - 28 Scharthl/Koch, Landräte, S. 50 f.; Scharthl, Eine Clique, S. 220 ff.; Lehmann, Kreisleiter, S. 126.
  - 29 GA SI-FI, Nachlass Hans Kolbe sowie Schleibote, 29.5.1933, 20.4.1934, 14.5.1934; SN, 12.9.1957.

# „Heimtückische“ Sozialdemokraten in Flensburg 1933-1945

von JENS CHRISTIAN JACOBSEN

*Der Flensburger Historiker Jens Christian Jacobsen beschäftigt sich seit vielen Jahren mit regionalen Themen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus. Auf der Basis bisher unerschlossener Sondergerichtsakten im Landesarchiv Schleswig erarbeitet er den Typus des sozialdemokratischen Kritikers am NS-System. Zudem korrigiert er das Bild, das die Forschung bislang vom Flensburger Gestapo-Chef Hans Hermannsen vermittelt hat.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

An einem Herbsttag 1941 begegnet August Ledebur dem falschen Menschen zum falschen Zeitpunkt. Einen Tag vorher hat der Sozialdemokrat von einer schweren Verwundung seines Schwiegersohnes an der Front erfahren. Seine ganze Abneigung gegen die Verhältnisse seit 1933 wird damit neu angefracht. Nun trifft er „auf der Straße“ einen Bekannten „von früher“, wie es in den Akten heißt<sup>1</sup>. Ledebur äußert sich kritisch zur Rentenpolitik und prophezeit die Ablösung der nationalsozialistischen Regierung durch eine Militärdiktatur. Am Ende des Gesprächs hat er ein ungutes Gefühl und bittet sein Gegenüber, die Äußerungen nicht weiter zu verbreiten. Sie landen aber bei der Gestapo, und ein halbes Jahr später begegnen die beiden Flensburger sich wieder vor dem Sondergericht in Kiel. Es verurteilt Ledebur zu drei Monaten Gefängnis wegen Verstoßes gegen das „Heimtückegesetz“.

Das „Heimtückegesetz“ von 1934 (das eine Verordnung von 1933 ablöste) und die Sondergerichte sollten Unmutsäußerungen in der Bevölkerung gegen das Regime unterbinden. Mit dem „Maulkorb des kleinen Mannes“<sup>2</sup> wollte man gegen „Meckerer“ und „Querulanten“ vorgehen und eine „weltanschauliche Grauzone“<sup>3</sup> verhindern. Es gelang jedoch nicht, einen vollständigen Konsens in der „Volksgemeinschaft“ herzustellen. Vielmehr wurde die „Heimtücke“ zu einem hunderttausendfach begangenen „Massendelikt“. In den vielfach spontanen Formen von Spott, Ablehnung und Verweigerung dürfe man jedoch kaum eine „prinzipielle Gegnerschaft“ zum Regime erkennen – so Gerhard Paul<sup>4</sup>. Passend zu dieser Sichtweise argumentiert Kay-Uwe Ingwersen<sup>5</sup>, der meint, die wirklich

überzeugten Gegner des Nationalsozialismus hätten wegen ihres ständigen Bewusstseins ihrer Abneigung nicht zu spontanen Äußerungen geneigt: „Sie wussten, wann sie zu schweigen hatten.“

Der Fall August Ledebur widerspricht offensichtlich diesen Annahmen, denn er war ein entschiedener Gegner des Regimes. Schon 1933 hatte er seine Abneigung gegen die Nazis offen gezeigt. Am 1. März 1933 begleitete ein Demonstrationzug die Überführung der Leiche eines Kieler Mitglieds des SPD-nahen Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, der von einem SA-Mann erschossen worden war. Auf dem Rückweg kam es zu Übergriffen gegen gehisste Hakenkreuzfahnen. August Ledebur wurde als „Rädelsführer“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt<sup>6</sup>. Nach der Haft verlor er seine Arbeit beim inzwischen von den Nazis übernommenen Konsumverein. In den folgenden Jahren behielt er anscheinend seinen Groll für sich, bis eben zu der Begegnung 1941.

Im Bestand der Sondergerichtsakten im Landesarchiv Schleswig gibt es ein gutes Dutzend weiterer bisher unbekannter Fälle von „heimtückischen“ Sozialdemokraten in Flensburg, die mit ihren Äußerungen auffielen.<sup>7</sup>

Waren sie, ähnlich wie Ledebur, grundsätzliche Gegner des Nationalsozialismus? Mit welchen Konsequenzen mussten sie rechnen? Kamen sie – ähnlich wie Ledebur – mit einem zumindest auf den ersten Blick relativ milden Urteil davon? Vielleicht begünstigt durch den Flensburger Gestapo-Chef Hans Hermannsen<sup>8</sup>, der als SPD-freundlich eingeschätzt wird? Zur Klärung dieser Fragen seien zwei weitere Fälle etwas ausführlicher dargestellt.

### **Der Fall Strohmeyer: durch Urteilskorrektur ins Konzentrationslager**

Der Fall des 55-jährigen Albert Strohmeyer ist dadurch bemerkenswert, dass er für ähnliche Äußerungen wie Ledebur die Zeit von 1937 bis 1945 in Haft verbringen musste. Strohmeyer geriet im März 1937 ins Visier der Gestapo<sup>9</sup>. Dort hatte ein V-Mann oder Spitzel „vertraulich mitgeteilt“, dass sich unter den Stammgästen der Abstinenzgastwirtschaft „Klaar Kimming“ in der Norderstraße frühere SPD-Funktionäre befinden, von denen „im staatsfeindlichen Sinne politisiert wird“. Der Verdacht konzentrierte sich schließlich auf Albert Strohmeyer, der fest in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eingebunden war. Die Eintrittsdaten: 1907 Fabrikarbeiterverband, 1910 SPD, 1927 Reichsbanner. Der gelernte Segelmacher hatte als Dachdecker gearbeitet, war 1931 arbeitslos geworden und auch unter der Naziherrschaft zumeist ohne Arbeit. Zur Ablenkung ging der Witwer, Vater eines 12-jährigen Sohnes, gerne ins „Klaar Kimming“, um Karten zu spielen und sich zu unterhalten.

Laut Urteilsspruch vom 14. Juli 1937 hat er dabei wiederholt „gehässige Bemerkungen gegen den heutigen Staat“ getätigt. So soll er Günstlingswirtschaft

beim Winterhilfswerk beklagt haben sowie höhere Preise und niedrigere Löhne als früher. Die Regierung sei „nur für die Großen da, nicht für die Arbeiter“, sie werde „nicht lange bleiben“. Er habe auch bezweifelt, dass man die Wahrheit über den Spanischen Bürgerkrieg erfahre.

Das Sondergericht wertete seine Äußerungen als falsche Tatsachenbehauptungen und verurteilte ihn nach § 1 des „Heimtückegesetzes“ zu vier Monaten Gefängnis. Als strafmildernd hatte man ihm angerechnet, dass er von vornherein geständig war, keine Vorstrafen hatte sowie im „vorgerückten Alter“ stand. Der Gestapo war das Urteil offenbar zu milde. Schließlich hatte man sich nach dem Einsatz von Spitzeln und der Vernehmung von sechs Zeugen dafür eingesetzt, Strohmeyer wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu belangen, was Zuchthaus bedeutet hätte. Für Gestapo-Chef Hermannsen war er der „eingefleischte und unbelehrbare Marxist“ geblieben, der in der Gastwirtschaft „kommunistische Mundpropaganda“ betrieben hatte, um Gäste im „marxistischen Sinne zu beeinflussen“. Immerhin waren Strohmeyers Äußerungen kein situationsbedingter „Ausbruch“ wie bei Ledebur gewesen. Er hatte sich auch durch Ermahnungen des Wirtes und anderer Gäste nicht davon abbringen lassen, wiederholt seine Sicht der Dinge auszubreiten. Der Gestapo war es aber nicht gelungen, eine positive Resonanz bei den Gesprächspartnern geschweige denn irgendwelche gemeinsamen Aktionsansätze nachzuweisen.

Neben dem Urteil hat vermutlich ein Streit über den Zeitpunkt des Haftantritts Unmut bei Hermannsen erzeugt. In der Einlieferungsanzeige beim Polizeigefängnis hatte der Gestapo-Beamte Niendorf fälschlich den 19.4.1937 vermerkt, Strohmeyer saß aber schon seit dem 1.4.1937 in „Schutzhaft“. Weil „Schutz“- und Untersuchungshaft auf die vier Monate Haftdauer angerechnet werden sollten, war das für Strohmeyer natürlich ein wichtiger Punkt. Mit Hilfe der Rechtsanwälte Kruse und Kötschau wandte er sich an das Sondergericht und brachte Beweise bei, so dass die Flensburger Gestapo auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft nacharbeiten musste.

Vielleicht wurde Strohmeyer dieser Mut, gegen die Gestapo mit Anwälten vorzugehen, zum Verhängnis. Denn Hans Hermannsen teilte nun die korrekten Daten nach Kiel mit, vermerkte aber am Ende lapidar: „Die erneute Inschutzhaftnahme nach seiner Strafverbüßung ist diesseits beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin bereits beantragt worden“. (Abb. 1) Somit „korrigierte“ Hermannsen als Vertreter der Exekutive ein Gerichtsurteil. Dabei verlief alles nach dem damals geltenden Recht. Der Gestapo-Chef musste zur Verhängung von „Schutzhaft“ für einen Strafgefangenen lediglich die Zustimmung der Gestapo-Zentrale in Berlin einholen und die Staatsanwaltschaft in Kenntnis setzen. Der Oberstaatsanwalt informierte nun das Gerichtsgefängnis in Flensburg über die bevorstehende Abholung Strohmeyers durch die Gestapo und wünschte seinerseits über die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Kiel  
Grenzpolizeikommissariat  
Flensburg  
Tgb.Nr. II/2- .. 443. /37.

Flensburg, den 26. Juli 1937

75.

St. Pol. Stelle
27. 1937
St. II 553/37

An  
den Herrn Oberstaatsanwalt  
bei dem Sondergericht  
in K i e l  
zurückgesandt.

Der am 14. Juli 1937 wegen Verstoßes gegen das Heim-  
tückegesetz zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte Dach-  
decker Albert S t r o h m e y e r, geb. am 18.1.1882  
in Flensburg, ist am 1. April 1937 in pol. Schutzhaft  
genommen worden. Seine Zuführung zum hiesigen Gerichts-  
gefängnis erfolgte am 27. April 1937, nachdem ein Straf-  
verfahren gegen ihn eingeleitet worden war.

Die erneute Inschutzhaftnahme nach seiner Strafverbüßung  
ist diessseits beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin  
bereits beantragt worden.

- 1 Anlage -

*Hermanns*

17  
4.11

Abb. 1 Mitteilung des Flensburger Gestapo-Chefs Hans Hermannsen an den Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Kiel über die vorgesehene Einweisung Albert Strohmeyers ins Konzentrationslager im Anschluss an die Verbüßung einer gerichtlich verfügten Haftstrafe, 26.7.1937



Abb. 2 Albert Strohmeyer als Häftling im KZ-Sachsenhausen (1937-1945). Wiedergabe einer nur als Kopie verfügbaren Fotoserie

Entlassung informiert zu werden. Die Aufnahme Strohmeyers im KZ Sachsenhausen erfolgte am 21. August 1937.<sup>10</sup> (Abb. 2)

Es hat wohl seiner Stimmung entsprochen, wenn er in einem Brief aus dem KZ an seinen Sohn schon im September den Winter heraufziehen sah: „Mein lieber Junge, nun (sehen) wir wieder dem Winter entgegen, und die schönen Tage sind für dich vorbei, aber wir wollen nicht klagen, denn es wird ja nach dem Winter auch wieder Frühling, und nun sei herzlich begrüßt von deinem Vater.“<sup>11</sup>

### **Der Fall Ohlfsen: Tod im Polizeigefängnis**

Willy Ohlfsen stand mit „seiner freien und ehrlich gemeinten Auffassung als Sozialist“ – wie ihn ein Freund beschrieb – dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber.<sup>12</sup> Zur Familienüberlieferung bei Ohlfsens gehört, dass Willy als junger Vater immer sehr verärgert war, wenn der kleine Herbert (geb. 1931) aus dem Kinderwagen heraus „Heil Hitler“ rief.<sup>13</sup> Ohlfsen neigte dazu, seine Meinung nicht für sich zu behalten, so dass er von Freunden und seiner Frau ermahnt wurde, vorsichtiger zu sein. Beim Blockwart war die Familie unbeliebt: „Der hat uns gehasst. Vom Winterhilfswerk bekamen wir immer nur Salz, und nicht Mehl und Zucker.“ Aufgrund seiner Offenheit auch auf der Werft, wo er als Kraftfahrer tätig war, kam es für manche nicht überraschend, dass Ohlfsen in die Fänge der Gestapo geriet und am 22. Februar 1938 mit vier Kollegen verhaftet wurde.

Am 24. Februar 1938 starb Willy Ohlfsen im Flensburger Polizeigefängnis. Was ist wirklich passiert an diesem Tag? Hat er sich tatsächlich in seiner Zelle das Leben genommen, wie von der Gestapo dargestellt: Er habe Handtuch und Taschentuch zusammengeknotet, daraus eine Schlinge gebildet und am Betthaken angebracht, sich mit Wucht in die Schlinge geworfen, wodurch die Halswirbelsäule gebrochen oder das Rückenmark verletzt worden sei.<sup>14</sup> Oder

ist er unter Gewalteinwirkung der Gestapo gestorben, wovon Angehörige und Freunde damals überzeugt waren, und was seine Kinder Herbert Ohlfsen und Käthe Lange heute noch glauben.

Für die Selbsttötungsversion spricht die Aussage des damaligen Aufsichtsbeamten Lorenzen in einem Nachkriegsprozess 1949. Er will Ohlfsen zu Beginn einer Freistunde, an der der Häftling nicht teilnahm, lebend in seiner Zelle gesehen und danach in dem oben beschriebenen Zustand aufgefunden haben. Niemand habe zwischenzeitlich Zugang zu der Zelle gehabt. Jedoch konnte außer Lorenzen kein Beteiligter 1949 den Vorgang so bezeugen. Der Kalfaktor war nicht auffindbar. Der Polizeiarzt, der den Totenschein ausgestellt hatte, konnte sich an diesen außergewöhnlichen Todesfall (wenn er denn so stattgefunden hat) praktisch nicht erinnern und traf die seltsame Feststellung: „Da ich jedoch der Aussteller des Totenscheines bin, steht mit Bestimmtheit fest, dass ich die Leiche gesehen habe.“

Von den vielen weiteren Ungereimtheiten seien hier nur noch drei genannt: Zunächst einmal ist es sehr fraglich, ob man sich auf die behauptete Weise überhaupt umbringen kann. Unklar ist zudem die Entstehung von Wunden am linken Auge, die Zeugen an der im Krankenhaus aufgebahrten Leiche gesehen haben. Sie konnten auch keinerlei Strangulierungsmerkmale im Halsbereich erkennen. War Willy Ohlfsen eine Selbsttötung zuzutrauen? Ohlfsen wurde von Freunden als „lebenslustig“ und „verantwortungsbewusst“ dargestellt. Die Kinder haben ihn als „guten Vater“ in Erinnerung, der am Sonntag mit ihnen Ausflüge machte und vor Weihnachten Geschenke bastelte. Von daher gesehen ist eine Selbsttötung kaum vorstellbar.

War der Gestapo ein gewalttätiges Vorgehen zuzutrauen? Schläge und Tritte waren zwar kein alltägliches Instrument in der Flensburger Dienststelle, sind aber vorgekommen. Gängiger waren Einschüchterungen und Drohungen, z. B. mit dem Konzentrationslager.<sup>15</sup> Wie auch immer einzelne Häftlinge unter Druck gesetzt wurden, es muss in jener Zeit oftmals eine angsterfüllte Atmosphäre geherrscht haben. In Anbetracht der folgenden Bilanz kann man auch bei Ohlfsen eine Selbsttötung nicht völlig ausschließen. So nahm sich am 29.9.1937 direkt nach einem Verhör bei der Gestapo Johannes Petersen, Sozialdemokrat und Mitglied des Schleswigschen Vereins, in seiner Wohnung das Leben.<sup>16</sup> Nur eine Woche später, am 5.10.1937 starb die Bibelforscherin Margaretha Clausen im Polizeigefängnis angeblich durch Selbsttötung – von den Angehörigen ähnlich angezweifelt wie im Fall Ohlfsen. Und am 28.9.1938 beendete der Jude Louis Wartelski im Polizeigefängnis sein Leben.<sup>17</sup>

In dem Ohlfsen betreffenden Fall sind offenbar intensive Verhöre geplant gewesen. Er gehörte nämlich zu einer Gruppe von fünf Werftarbeitern, die unter dem Verdacht staatsfeindlicher Äußerungen standen. Alle fünf waren Gewerk-



Abb. 3  
Willy Ohlfsen (1889-1938),  
Mitte der 30er Jahre

schafter; Willy Ohlfsen Sozialdemokrat, Georg Trunsch, Karl Block und Christian Andresen SPD-Sympathisanten, Heinrich Mühe Stahlhelmer.<sup>18</sup> Auf der Werft, der alten Hochburg von SPD und KPD, waren die Nazis und die Gestapo besonders achtsam und witterten ständig linke Umtriebe. Schon 1935 war es beim Stapellauf der „Claire Hugo Stinnes 1“ zu einem Eklat gekommen, als Teile der Belegschaft weder dem „Deutschen Gruß“ noch dem „Horst-Wessel-Lied“ den verlangten Respekt erwiesen. Ein Werfttischler wurde fristlos entlassen.<sup>19</sup> Die Gestapo stufte diesen „Großbetrieb“ als für die „Sicherheit des Staates“ relevant ein und baute ein V-Leute-Netz auf.

Anscheinend wollte man das Instrument der „Schutzhaft“ nutzen, um Aussagen von den Verdächtigen zu erwirken. Am 22. Februar 1938 wurden die fünf gleichzeitig auf der Werft verhaftet, im Polizeigefängnis jeweils in Einzelhaft gesperrt und in Einzelverhören vernommen. Es ging offenbar vor allem darum, Aussagen gegen den „Hauptbeschuldigten“ Georg Trunsch zu bekommen, der als einziger am nächsten Tag in Untersuchungshaft ins Gerichtsgefängnis kam. Die ihn belastenden Informationen stammten von V-Leuten auf der Werft, die man vor Gericht aber nicht enttarnen wollte. Deshalb brauchte man unbedingt Aussagen von anderen Kollegen aus seinem Umfeld. Dazu gehörte auch Willy

Ohlfsen, der als Krafftfahrer Transporte zwischen der Alten und Neuen Werft durchführte. Trunsch und die anderen Verhafteten halfen beim Entladen. Bei solchen Gelegenheiten wurde auch gerne politisiert.

Die ganze Aktion wurde für die Gestapo zum Fehlschlag. Mit dem Tod von Ohlfsen stand schon nach zwei Tagen das Konzept der Aussagenerzwingung vor dem Scheitern. Man kam mit den Vernehmungen anscheinend nicht voran. Am 19. März 1938 teilte Kriminalsekretär Johannsen der Staatsanwaltschaft in Kiel mit: „Es ist trotz aller Bemühungen nicht gelungen, für die von Trunsch gemachten Äußerungen Zeugenaussagen zu bekommen, weil es sich um einen staatsfeindlichen Personenkreis handelt und keiner den anderen belastet.“<sup>20</sup>

Infolge welcher „Bemühungen“ Ohlfsen gestorben ist, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Eine Selbsttötung halte ich für unwahrscheinlich.<sup>21</sup> Es muss wohl Spekulation bleiben, dass eventuell ein folgenreiches Nachtverhör stattgefunden hat. Heinrich Mühe erinnerte sich 1949 an „Unruhe“ auf dem Flur des Gefängnisses in der Nacht vom 22. zum 23.2.1938.<sup>22</sup> Dass es „nächtliche Folterpraxis“ im Polizeigefängnis gegeben hat, bestätigte 1948 ein ehemaliger Gestapo-Beamter.<sup>23</sup> In jedem Fall hat Ohlfsen für seine Standhaftigkeit mit dem Leben bezahlt. Der Freund Willy Ohlfsens, Heinrich Mühe, wurde am 13. März 1938 ins KZ Sachsenhausen eingewiesen. Anscheinend hatte er versucht, etwas über die Umstände des Todes von Ohlfsen herauszubekommen. Georg Trunsch kam ohne Bestrafung davon und wurde am 6. Mai 1938 aus der Untersuchungshaft entlassen. Karl Block und Christian Andresen hielt man noch bis zum 21. Mai 1938 im Polizeigefängnis fest.<sup>24</sup>

Der Gestapo-Chef Hans Hermannsen hielt sich operativ anscheinend im Hintergrund, vielleicht weil er aus irgendeinem Lebenszusammenhang mit Ohlfsen gut bekannt war. Der für die Vernehmungen zuständige Sachbearbeiter war Kriminaloberassistent Ebeling, was er 1949 jedoch abstritt. Den Briefwechsel mit der Justiz übernahm Kriminalsekretär Johannsen. Am Todestag war Hermannsen nach eigenen Angaben nicht in der Dienststelle, aber am folgenden Tag soll er den aufgebrachten Bruder von Frau Ohlfsen „sehr schnell ... abgefertigt“<sup>25</sup> haben. Später hat der Gestapo-Chef Frau Ohlfsen zu Hause besucht und den Ablauf aus seiner Sicht zu erklären versucht. Die Familie konnte das nicht beruhigen.

## **Der Typus des sozialdemokratischen Kritikers**

Die nach einem Zufallsfund vorgenommene Sichtung der Sondergerichtsakten im Landesarchiv nach sozialdemokratischen Fällen bot einige überraschende Ergebnisse. Es gab eine nennenswerte Zahl von Sozialdemokraten in Flensburg, die ihren Unmut öffentlich äußerten. Die meisten waren zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt und durch ihre Erfahrungen in der sozialdemokratischen

Arbeiterbewegung geprägt. Die bei den drei dargestellten Fällen Ledebur, Strohmeier und Ohlfsen erkennbare grundlegende Abneigung gegen das NS-Regime dürfte auch für die meisten anderen gelten. Typisch war die Verachtung der NS-Symbole. So verweigerte Lorenz Roos im Rathaus den Hitler-Gruß und bezeichnete Grüßende als „Kriecher“. <sup>26</sup> Peter Möller hatte in seinem Wohnzimmer noch ein Bild von Friedrich Ebert hängen (Abb. 4) und benutzte als Bettlaken eine schwarz-rot-goldene Flagge. Die Hakenkreuzflagge war ein „Lappen“ für ihn. <sup>27</sup> Mehrfach kritisierten die sozialdemokratischen Regimegegner die sozialen Verhältnisse, z. B. das Winterhilfswerk oder die Rentenpolitik. Überwiegend waren sie keine spontanen Meckerer im Affekt, sondern nahmen sich des öfteren das Recht heraus, ihre Abneigung zum Ausdruck zu bringen. Dabei waren sie Kritiker, keine Umstürzler. Typisch für diese Sozialdemokraten mag der Werksfeuerwehrmann Max Senf sein. Das Hanseatische Oberlandesgericht verurteilte ihn 1943 ausdrücklich nicht wegen Hochverrat, obwohl er Auslandssender gehört und auf der Werft im Kollegenkreis öfter heftige Kritik an den „deutschen Verhältnissen“ geübt hatte. Man nahm ihm ab, dass er dadurch

**Nachweisung**

II/A-2- 2366/38.

K.....K.

zu der Straffache.....

abgegebenen – Aktenbände – Überführungsgüter.

Gegenstand	Namen a) des Eigentümers oder b) derjenigen, bei denen Beschlag- nahme erfolgt ist Blatt	Fort- schaffung Blatt	Bemerkungen
Ebertbild	Peter M ö l l e r, Flensburg, Glücksbur- gerstrasse 50 b.		
Das Bild befindet sich auf der Dienststelle des Grenz- polizeikommissariats Flensburg.			

K 7

Abb. 4 Nachweis über ein 1938 in der Wohnung von Peter Möller durch die Gestapo beschlagnahmtes Bild des früheren Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD)

einfach „seine Meinungsfreiheit“ wahren wollte. So musste er „nur“ wegen Verstoßes gegen die Rundfunkverordnung und wegen „Heimtücke“ für zwei Jahre und sechs Monate ins Zuchthaus.<sup>28</sup>

### **Hilfe vom Gestapo-Chef?**

Die Konsequenzen für die „heimtückischen“ Sozialdemokraten waren extrem unterschiedlich: Zwischen Einstellung des Verfahrens und Verlust des Lebens konnte alles passieren. Darin spiegelt sich die ganze Willkür und Unberechenbarkeit des damaligen Rechtssystems.

Wenn man Glück hatte, wurde das Verfahren eingestellt. Es gab nämlich Phasen, in denen sich Partei- und Justizkreise Gedanken machten über den Zustand der „Volksgemeinschaft“ angesichts eines ausufernden Denunziantentums.<sup>29</sup> Darauf ist unter anderem das Straffreiheitsgesetz von 1938 zurückzuführen, das den Sondergerichten ermöglichte, Beschuldigte ganz straffrei zu stellen, wenn eine Strafe von höchstens sechs Monaten Gefängnishaft zu erwarten war. Davon profitierten Peter Möller und Johann Wegener<sup>30</sup> sowie im Fall Ohlfsen der „Hauptbeschuldigte“ Georg Trunsch. Auch hohes Alter konnte berücksichtigt werden wie bei Lorenz Roos.

Im Vergleich zu Staatsanwaltschaft und Sondergericht ging von der Flensburger Gestapo eine deutlich größere Aggressivität aus. Soweit erkennbar, sprach sie sich bei der Einstufung eines vorliegenden Deliktes immer für härtere Strafen aus. Möglicherweise hat man in Verhören physische Gewalt angewendet, mit Sicherheit aber Menschen in ihnen ausweglos erscheinende Grenzsituationen geführt. Es wurden auch Gerichtsurteile „korrigiert“ und die Verurteilten nach Verbüßen ihrer Gefängnisstrafe in Konzentrationslager überführt.<sup>31</sup> Dies alles geschah gegenüber Sozialdemokraten unter der Verantwortung und zum Teil auf Veranlassung von Gestapo-Chef Hans Hermannsen.

Hermannsen hat anscheinend 1933 einigen gefährdeten Flensburger Sozialdemokraten Warnungen zukommen lassen, so dass sie noch rechtzeitig nach Dänemark fliehen konnten.<sup>32</sup> Es ist aber sehr fraglich, ob er überhaupt versucht hat, den „heimtückischen“ Sozialdemokraten in Flensburg zu helfen. Aus den Akten der vorliegenden Fälle ist das jedenfalls nicht ersichtlich. So hat er z.B. dem 71-jährigen Lorenz Roos in einem von ihm selbst unterschriebenen Gutachten eine „niedrige Gesinnung“ bescheinigt<sup>33</sup> oder Peter Möller als „verlogenen und verstockten Menschen“<sup>34</sup> beschrieben. Beide Begriffe sind einem „gesellschaftsbiologisch gefärbten Jargon“ entlehnt, den der Gestapo-Chef laut Gerhard Paul sonst nur bei Kommunisten angewendet hat<sup>35</sup>, um der Justiz eine Richtung vorzugeben.

Ich vermute, dass diese Sozialdemokraten ihm tatsächlich unangenehm wa-

ren, weil sie der Gestapo in den alten linken Milieus und auf der Werft Arbeit machen und aus Polizeisicht für Unruhe sorgen konnten. Man hatte dann mit „Folgedelikten“ zu tun: Schon am Abend der Verhaftung der fünf oben erwähnten Werftarbeiter äußerte ein betrunkenen Kneipenbesucher, „viele Arbeiter auf der Werft hätten gesagt, die Stapo wäre eine verfluchte Saubande.“<sup>36</sup> Ein Schwager des verhafteten Christian Andresen gab seinem Bruder in Dänemark einen Stimmungsbericht von der Werft. Der Brief wurde vom Zollamt abgefangen, die Gestapo erschien zur Hausdurchsuchung. Der Schreiber hatte u.a. geäußert: „Hier gibt es überhaupt jeden Tag neue Aufregung, wer nicht mitmacht, kommt untern Torfwagen. Ein Wort zu viel, Abfahrt.“<sup>37</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Landesarchiv Schleswig (LAS), Abt. 358/5272.
- 2 Robert Bohn, Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein, in: Robert Bohn/Uwe Danker (Hrsg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932-1945 (IZRG Schriftenreihe, Bd. 3), Hamburg 1998, S. 16.
- 3 Stefan Gimm, Das Sondergericht als „Maulkorb des kleinen Mannes“ (I): Heimtückeverfahren, in: Robert Bohn/Uwe Danker (Hrsg.), wie Anm. 2, S. 195.
- 4 Gerhard Paul, Dissens und Verweigerung, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 229.
- 5 Kay-Uwe Ingwersen, Das Sondergericht als „Maulkorb des kleinen Mannes“ (II): Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung, in: Robert Bohn/Uwe Danker (Hrsg.), wie Anm. 2, S. 215.
- 6 Das Urteil gegen Ledebur in LAS, Abt. 761/12728. Vgl. dazu Matthias Scharthl, „Nach alledem hat der Beschuldigte in Notwehr gehandelt.“ Der Tod des Julius Zehr am 25. Februar 1933 in Harrisleefeld, in: Grenzfriedenshefte 1/1997, S. 33-59.
- 7 Hans Carstensen (LAS, Abt. 358/1532), August Ledebur (358/5272), Heinrich Lienau (761/12689), Peter Möller (358/624), Willy Ohlfen (358/503), Adolf Paulsen (358/2725), Christian Petersen (358/1217), Johannes Petersen (358/248), Hans Rahn (358/98), Lorenz Roos (358/1064), Max Senf (358/4960), Albert Strohmeyer (358/378), Johann Wegener (358/466).
- 8 Gerhard Paul, Der Flensburger Gestapo-Chef. „Doppelspieler“ oder „zwiespältige Persönlichkeit?“, in: Gerhard Paul, Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001, S. 69.
- 9 LAS, Abt. 358/378.
- 10 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Auskunft zu ehemaligen Häftlingen des KZ Sachsenhausen vom 9.8. 2010 (Signatur im Archiv Sachsenhausen D 1 A/1016, Bl.278)
- 11 Internationaler Suchdienst (ITS) Arolsen, KZ Sachsenhausen, Copy of Doc. No. 4113025#1 (1.1.38.1/0001-0189/0185/0260).

- 12 LAS Abt. 354/964.
- 13 Gespräch mit Käthe Lange und Herbert Ohlfsen am 28.4.2011. Vielen Dank für die Auskünfte und die Überlassung von Fotos.
- 14 LAS Abt. 354/964.
- 15 Gerhard Paul, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein (IZRG Schriftenreihe, BD. 1), Hamburg 1996, S. 215.
- 16 LAS, Abt. 358/248.
- 17 Gerhard Paul, Die Gestapo in Flensburg, in: Stadtarchiv Flensburg (Hrsg.), „Flensburg meldet: ...“ (Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Flensburg 1997, S. 51.
- 18 LAS, Abt. 761/13243.
- 19 LAS, Abt. 354/2053.
- 20 LAS, Abt. 358/503.
- 21 Zur Meinungsbildung beigetragen haben der frühere Polizeichef von Flensburg, Jochen Barckmann, und der Landesbeauftragte für Polizeigeschichte, Michael Hocke. Vielen Dank für Gespräche und Material.
- 22 LAS, Abt. 354/964.
- 23 Stephan Linck, Der Ordnung verpflichtet: Deutsche Polizei 1933-1945. Der Fall Flensburg, Paderborn 2000, S. 106.
- 24 LAS, Abt. 761/16136.
- 25 LAS, Abt. 354/964 (Aussage von Heinrich Petersen, Vetter von Frau Ohlfsen, am 23.2.1949).
- 26 LAS, Abt. 358/1064.
- 27 LAS, Abt. 358/624.
- 28 LAS, Abt. 358/4960 – Bundesarchiv Berlin, Z 6/Nr. 14636.
- 29 Gerhard Paul (wie Anm. 14), S. 130.
- 30 LAS, Abt. 358/466.
- 31 Das war neben Strohmeier auch bei Heinrich Lienau der Fall (LAS, Abt. 354/971).
- 32 Andererseits mussten schon 1933 vier Sozialdemokraten für mehrere Monate ins Konzentrationslager: Peter Beck (LAS, Abt. 354/906), Hans Callesen (LAS, Abt. 761/17661), Peter Ramson (LAS, Abt. 761/25240) und Hans Harloff (LAS, Abt. 761/24905).
- 33 LAS, Abt. 358/1064.
- 34 LAS, Abt. 358/624.
- 35 Gerhard Paul (wie Anm. 7), S. 68.
- 36 LAS, Abt. 358/504.
- 37 LAS, Abt. 358/613.

# „Mehrsprachigkeit zelebrieren“

Festrede beim Knivsbergfest 2012

von PETER BUHRMANN

*Der dänische Germanist Dr. Peter Buhrmann ist Leiter von Højskolen Østersøen, einer dänischen Heimvolkshochschule in Apenrade, die sich an vielen deutsch-dänischen Aktivitäten beteiligt und deren Arbeitsschwerpunkt die lebendige Vermittlung der deutschen Sprache ist. Als Sohn eines deutsch-dänischen Ehepaares, der erst mit seiner Berufung als Leiter der Højskolen Østersøen ins schleswigsche Grenzland gekommen ist, hat der Verfasser einen durchaus anderen Blickwinkel auf das deutsch-dänische Verhältnis, als es bei in der Region aufgewachsenen Dänen und Deutschen der Fall sein dürfte. Promoviert hat der aus Aalborg stammende Germanist über die Nachkriegshermeneutik und das Spätwerk des deutschsprachigen Schriftstellers Paul Celan. Buhrmanns sehr persönlich gehaltene Festrede beim diesjährigen Knivsbergfest der deutschen Minderheit am 6. Juni 2012 wurde bereits im Nordschleswiger (28.6.2012) wiedergegeben. Für den Abdruck in den Grenzfriedensheften wurde der Text überarbeitet.*

*Die Redaktion*

Herzlichen Dank für die Einladung, hier und heute auf dem Knivsberg zu sprechen. Unter entspannten und festlichen Bedingungen ist es eine ganz besondere Freude. Ich heiße Peter Buhrmann und bin Leiter von Højskolen Østersøen, gleich um die Ecke in Apenrade. Ich bin der Sohn einer dänischen Mutter und eines deutschen Vaters, der aus dem östlichen Teil Holsteins stammt. 1963 traf er meine Mutter, die in dem Badeort Dahme an der Ostsee arbeitete, um Geld zu verdienen und Deutsch zu lernen. Meine Mutter stammt aus Aalborg in Nordjütland, und sehr kurz nach ihrem ersten Treffen ist mein Vater zu ihr dorthin gezogen. 1970 bin ich im hohen Norden Dänemarks geboren. Geboren als Sohn eines deutschen Vaters bestand keine Möglichkeit, die deutsche Herkunft irgendwie zu verbergen. Das Verhältnis zu den Deutschen war damals bei noch recht vielen Dänen von gewissen Vorbehalten geprägt. Nordjütland ist sehr weit weg vom Grenzland, Deutschland und der deutschen Minderheit. Deshalb verlebte ich die ersten 33 Jahre meines Lebens, ohne von dem Phänomen „deutsche Minderheit“ Genaueres zu wissen! Ich hatte nur eine umrissartige Ahnung davon, dass es so etwas gibt.

Deutschland aber wurde zu einem entscheidenden Teil meines Lebens. Ich finanzierte mein Studium der Germanistik in Aarhus dadurch, dass ich Jahr für Jahr – neun Jahre lang – als Fleischer in genau jenem Badeort arbeitete, in dem meine Eltern sich kennengelernt hatten. 2002 erwarb ich den Dokortitel für deutsche Literatur und Philosophie. Und ich lehrte zwei Jahre lang deutsche Geschichte an der Universität von Kopenhagen, bevor ich 2004 Leiter von Højskolen Østersøen wurde – einer Heimvolkshochschule, an der das Deutsche eine ganz besondere Rolle spielt. Ich habe also immer eine intensive menschliche und fachliche Liebe zu Deutschland gehabt. Deshalb war es ein unvorhergesehenes Glück, als meine Frau und ich 2004 nach Apenrade zogen und die deutsche Minderheit kennenlernten – eben dieses kleine Stück Deutschland in Dänemark, von dem ich in Nordjütland kaum etwas erfahren hatte.

Eine nationale Minderheit gibt es bekanntlich nicht nur in Nordschleswig, sondern auch in Südschleswig. Wie hier gibt es auch dort ein friedliches Beisammensein – kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Die zwei Minderheiten haben ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Einrichtungen und ihr Leben – neben, aber vor allem mit der jeweiligen Mehrheit. Das ist gut so und die Minderheiten bauen Tag für Tag mit ihrer großen Arbeit eine Brücke zwischen zwei Nationen, deren gemeinsame Geschichte nicht immer friedvoll war.

Die Geschichte aber liegt per definitionem in der Vergangenheit. Das Deutschland von heute, das Deutschland, das wir heute kennen, ist zur Ruhe gekommen. Deutschland ist – wenn man will – „saturiert“. Ich verwende dieses merkwürdige Wort bewusst, und wer die deutsche Geschichte gut kennt, wird ein Bismarckzitat heraushören können, mit dem der Reichskanzler ausdrückte, dass Deutschland nach der Reichsgründung von 1871 keine expansiven Ziele mehr verfolge.

Im nächsten Jahr können wir den 200. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig markieren. Diese blutige Schlacht zwischen den Anhängern und Gegnern Napoleon Bonapartes im Jahre 1813 steht am Anfang des Weges zum jetzigen Deutschland, denn damals kämpften erstmals Menschen aus nahezu allen damaligen deutschen Staaten Seite an Seite. Der Weg hin zu einem vereinigten und demokratischen Deutschland war lang und schwierig. Doch das heutige Deutschland ist ein Deutschland, das seine Verantwortung kennt, ein Deutschland, das weiß Gott nicht immer alles richtig macht, aber ein Deutschland, das seine Nachbarn respektiert, offen und verhandlungsbereit ist.

Neulich las ich in Weekendavisen (11.5.2012) ein Interview mit dem Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ Josef Joffe. Dieser wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges im östlichen Teil Polens als Sohn jüdischer Eltern geboren. Doch im Interview sprach er immer von einem deutschen „Wir“. Joffe weiß viel von der deutschen Geschichte – von ihren Wegen und Irrwegen. Gerade deshalb klang es überzeugend, als er das deutsche Modell zur Lösung der Eurokrise,



Abb. 1  
Peter Buhrmann  
bei seiner Rede zum  
Knivsbergfest 2012

das er übrigens auf Gerhard Schröders Agenda 2010 zurückführte, als Ideal für Europa darstellte. Und im Interview wagte er zudem die Formulierung: „Ist es so schlimm, wie wir zu leben?“ Über das vorsichtig-klare Selbstbewusstsein dieser Aussage freue ich mich. Kein Land soll sein Gesellschaftssystem, seine Ideologie und Konfession anderen Ländern aufdrücken. Aber sich einem eigenen Modell verpflichtet zu fühlen und für die Richtigkeit dieses Modells einzustehen, das ist eine auch heute noch allzu selten gesehene Tugend.

Viel konservativer und fast reaktionär kamen mir dagegen die Bemerkungen Joschka Fischers vor, der fast zum gleichen Zeitpunkt einen Aufsatz in der Süddeutschen Zeitung publizierte (4.6.2012). Er kritisierte die restriktive Wirtschaftspolitik der Kanzlerin Merkel, und er verglich ihre heutige Politik mit der Politik von Heinrich Brüning. Die Finanzkrise im Jahre 2012 wurde verglichen mit der Finanzkrise anno 1929. Ein solcher Vergleich ist aus ganz vielen Gründen zumindest kontextblind. Und er hält Deutschland in einem Bild fest, das heute nicht mehr zeitgemäß ist.

Ob die wirtschaftlichen Probleme Europas mit Spenden oder Sparen gelöst werden sollen, möchte ich dahin gestellt sein lassen. Ich möchte aber offen

sagen, das ich mich eher den Aussagen und dem Ton von Josef Joffe verbunden fühle. Deutschland ist für meine Begriffe auch zukünftig ein Normalstaat in Europa, auf den man sich verlassen kann. Deutschland ist das Herz von und die Pforte zu Europa.

In letzter Zeit hatte ich das Privileg, durch Europa und besonders Osteuropa reisen zu dürfen. Ich habe dort Bildungseinrichtungen, Schulen und Universitäten besucht und von der Möglichkeit eines Heimvolkshochschulaufenthaltes erzählt, und überall bin ich auf großes Interesse gestoßen. U. a. verschlug mich die Reise auch nach Esztergom/Gran in Ungarn, eine kleine Stadt nördlich von Budapest. Am dortigen Gespräch beteiligte sich ein Mitglied der Gemeindeversammlung, das sich in verantwortlicher Position mit der sogenannten Romafrage auseinanderzusetzen hat. Als Antwort auf meine Interessenbekundung für die Roma hat er mich in das nahe Romadorf gefahren, hat mich vorgestellt und auch noch für mich übersetzt. Was ich in diesem Dorf gesehen habe, hat mich regelrecht schockiert. Die seelische und materielle Armut war dort größer als in den Townships im Süden Afrikas, die ich ebenfalls aus eigener Anschauung kenne. Am allerschlimmsten: vernachlässigte, dreckige Kinder. Niemand hat es verdient, so zu leben. In Europa gibt es 10 bis 12 Millionen Roma – überall sind sie eine Minderheit. Sicherlich leben sie nicht alle unter den Bedingungen, die ich in der ungarischen Provinz erlebt habe. Aber Europa hat ein Armutproblem, das meines Erachtens weitaus größer als die Finanzkrise ist. Wir können als Europäer und EU-Mitglieder nicht akzeptieren, dass es Armut mitten in Europa gibt. Wir haben alle eine Verantwortung. Ich erwähne das nicht, um Euch den Tag zu verderben. Manchmal aber tut man gut daran, an diejenigen zu denken, die weniger haben. Wir leiden alle unter der Finanzkrise, und auch in der Minderheit ist man von den Einsparungen nicht verschont geblieben. Ich habe zwei Söhne in den Minderheiteneinrichtungen und weiß also, was dies bedeutet. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Nordschleswig nach wie vor eine vergleichsweise privilegierte Region ist. Und dass die Minderheit hier vieles besitzt, was andere Volksgruppen in Europa nicht haben: Sehr gute Kindergärten, sehr gute Schulen, Bibliotheken usw. werden von der deutschen Minderheit tüchtig betreut. Unseren Kindern geht es gut (im Gegenteil zu den Kindern in Esztergom) – das ist entscheidend.

Unseren Kindern geht es auch heute hier auf dem Knivsberg gut. Der dänische Sommer – wenn das Wetter mitspielt – ist mit seinen lichten Nächten unglaublich stimmungsvoll. Der Knivsberg leistet tagtäglich eine große Arbeit als Institution für das Deutsche in Dänemark, das ist uns besonders heute klar. Es ist wichtig, dass es einen Ort gibt, an dem man sich an Festtagen treffen kann. Dass dieser Ort mehr als nur ein Festplatz ist, kann man nur begrüßen. Bildung, kreative Workshops, Rockkonzerte, in Zukunft auch Sprachkurse und soziale



Abb. 2 Gäste beim diesjährigen Knivsbergfest der deutschen Minderheit in Nord-schleswig

Integration zwischen vielen unterschiedlichen Kulturen, all das und mehr wird am Knivsberg tagtäglich geleistet. Deshalb hat man hier einen lebendigen Ort, der sich mit der ihn umgebenden Gesellschaft entwickelt. Und deshalb trägt auch der Knivsberg seinen Teil dazu bei, dass das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch noch besser wird.

Vor einiger Zeit fand an der Universität von Aarhus ein Podiumsgespräch über das Verhältnis der zwei Nachbarländer statt. Teilnehmer waren der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber, Redakteur Jørgen Mikkelsen, Gymnasiallehrer Michael Busch und Redakteur Sigfried Matlok. In einer Examensarbeit, die ich neulich beurteilt habe, wurde dieses Podiumsgespräch eingehend behandelt. Alle Teilnehmer waren sich demnach einig, dass das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch niemals besser war als heute. Vorurteile und Vorbehalte seien wie vom Erdboden verschluckt, und wir würden glücklich miteinander leben. Ich übertreibe die Pointen des Gesprächs vielleicht ein bisschen, aber es ist mir in vielen unterschiedlichen Zusammenhängen klar geworden, dass die Podiumsteilnehmer im Grunde recht haben.

Eine ganz klare Aufgabe aber gibt es auch für die deutsche Minderheit: Das Interesse für die deutsche Sprache hält mit dem generellen dänischen Interesse an Deutschland und besonders an Berlin nicht mit. Meine Erfahrung als

Leiter einer Sprachschule ist es, dass das Interesse für Dänisch in Deutschland heute größer ist als das Interesse für Deutsch in Dänemark. Also muss mehr Spracharbeit geleistet werden. Wir müssen alle gemeinsam auf die Wichtigkeit der deutschen Sprache hinweisen. Diese Verantwortung trägt besonders eine Minderheit in einer zweisprachigen Region. Auch wenn das Verhältnis gut ist: Zu einem wirklichen Verständnis des Nachbarlandes kommt man erst über die Sprache. Europa ist eine vielsprachige Region und Mehrsprachigkeit ist ein Privileg und kein Problem. Deshalb ärgert es mich auch, dass im dänischen Sprachgebrauch das Adjektiv „zweisprachig“ einen negativen Klang bekommen hat – als „Tosprogede“ werden in den dänischen Medien zumeist Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft bezeichnet, welche der dänischen Sprache nur unzureichend mächtig sind. Somit wird der Begriff mit Integrationsschwierigkeiten zusammengekoppelt. Das aber ist ein Fehlschluss – Zweisprachigkeit ist doppelt so gut wie nur eine Sprache zu beherrschen. Wer zwei Sprachen spricht, hat eine doppelt so große Welt und Wirklichkeit. Auch das ist ein Wissen, das man in der Minderheit hat. Und ich denke, dass wir hier und heute auch die Mehrsprachigkeit zelebrieren sollten.

Meine kleine Rede sollte als ein Tribut an diejenige Doppelkultur und diejenige Doppelsprachigkeit verstanden werden, die der Knivsberg und die Minderheit als solche verkörpern. Ein Verständnis für uns selbst als Dänen, Deutsche oder Europäer beginnt damit, dass wir diese Doppelströmigkeit aufnehmen. Denn die angeblich so schwierige Multikultur ist älter als die verblühte Vorstellung von einem homogenen Nationalstaat. Ein Dänemark mit ausschließlich dänischer Bevölkerung gab es geschichtlich genau so wenig wie ein Deutschland mit nur Deutschen. Die Grundlage ist, dass wir miteinander leben und dass wir die Unterschiede respektieren und gerade nicht aufheben wollen. Mit diesen Worten bedanke ich mich für Eure Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen, entspannten und erholungsreichen Tag!

# Rückkehr

## Interview mit der Landesbeauftragten für Minderheiten Renate Schnack

von FRANK JUNG

*Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) berief Renate Schnack aus Braderup (NF) zur ehrenamtlichen „Beauftragten des Ministerpräsidenten in Angelegenheiten nationaler Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch“. Sie kehrte damit in das Amt zurück, das sie bereits 2000 bis 2005 unter der Ministerpräsidentin Heide Simonis erfolgreich ausgeübt hatte. Über ihre Rückkehr unter veränderten politischen Bedingungen und ihre Ziele für die neue Amtsperiode hat sich Renate Schnack im Interview mit dem Journalisten Frank Jung vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag geäußert (16.8.2012), das wir im Folgenden wiedergeben. Hinzugefügt sei, dass Frau Schnack ihr politisches Gespür und ihre Integrationskraft auch in weiteren ehrenamtlichen Funktionen unter Beweis gestellt hat, so als erste weibliche Kreispräsidentin in Nordfriesland und als deutsche Gründungsvorsitzende der Region Schleswig-Sønderjylland. Seit 2008 gehört sie dem Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes an, wo ihr Engagement nicht zuletzt den alljährlichen Dialog-Veranstaltungen des Vereins gilt.*

*Die Redaktion*

*Frau Schnack, wozu eigentlich eine Minderheitenbeauftragte, wo doch die dänische und friesische Minderheit mit ihrer politischen Vertretung, dem SSW, jetzt selbst in der Regierung sitzt?*

Es geht in meinem Amt ja keinesfalls allein um die Interessen der dänischen und friesischen Minderheit, sondern auch um die Sinti und Roma, die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, die Regionalsprache Niederdeutsch und die Grenzlandarbeit insgesamt.

*Aber was die Dänen und Friesen betrifft – ist die Konstellation nicht ein bisschen doppelt gemoppelt?*

Nein, ganz und gar nicht. Alle drei Regierungsparteien, auch der SSW, haben ja gesamtgesellschaftliche Aufgaben für Schleswig-Holstein. Die Ministerstätigkeit Anke Spoorendonks etwa ist getrennt von dem, was ihre Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit betrifft.

*Aber es wird doch Folgen für die Arbeit der Minderheitenbeauftragten haben, dass Minderheitenvertreter nun selbst im Regierungsapparat sitzen?*

Das Positive ist, dass es jetzt mehr Menschen in verantwortlichen Stellen gibt, die etwas von Minderheiten verstehen. Ich habe den Eindruck, dass ich diesmal eine andere Position habe als beim ersten Mal. Möglicherweise muss ich nicht mehr so grundlegend für die Belange der Minderheiten werben. Wichtig ist mir, festzuhalten, dass ich keine Beauftragte der Minderheiten bin, sondern eine Beauftragte von Ministerpräsident Torsten Albig in Angelegenheiten nationaler Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch. Ich mache nicht die Arbeit der Verbände und Organisationen. Auch ihre Forderungen tragen sie selber vor. Ich versuche, diese mit den Möglichkeiten der Regierung zusammenzuführen.

*Anders als Ihre Vorgängerin Caroline Schwarz von der CDU sind Sie nicht Haupt-, sondern Ehrenamtlerin. Mindert das nicht den Rang des Amtes?*

Ganz im Gegenteil. Für mich ist es kein Broterwerb. Die Unabhängigkeit, die ich habe, gibt mir ganz andere Möglichkeiten, mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen. Die Hauptamtlichkeit der Beauftragtenstelle in den letzten sieben Jahren bildet ja die Ausnahme. In meiner ersten Amtszeit und unter meinen zwei Vorgängern Kurt Hamer und Kurt Schulz war die Position ebenfalls ehrenamtlich besetzt. Die Minderheitenpolitik hat davon gelebt, dass die Akteure ohne eigene Interessen vermitteln konnten.

*Wären Sie nicht noch unabhängiger, wenn die Minderheitenbeauftragte statt beim Ministerpräsidenten beim Landtag angesiedelt wäre? Diese Forderung steht im SSW-Programm.*

Durch die Hauptamtlichkeit unter Schwarz-Gelb ist offenbar ein Stück Vertrauen in das Gefüge verloren gegangen, dessen Funktionieren zumindest wir drei Vorgänger unter Beweis stellen konnten. Es mag ja sein, dass sich die Diskussion über eine Ansiedlung beim Landtag später nochmal stellt und man eine andere Empfehlung gibt. Die jetzigen Koalitionsgespräche haben ergeben, dass es eine Stelle beim Ministerpräsidenten ist. Dass es eine ehrenamtliche Stelle ist, bedeutet übrigens nicht, dass man sie nicht professionell ausfüllen könnte. Ich bin protokollarisch im Rang einer Staatssekretärin, habe die bürotechnische Unterstützung von Referenten und allem, was ich aus dem Regierungsapparat sonst brauche.

*Wohin soll inhaltlich die Reise gehen?*

Ich versuche, die fünf Jahre dieser Koalition vom Ende her zu denken. Da soll



Renate Schnack,  
Beauftragte für Minderheiten  
und Niederdeutsch

gern erkennbar sein, dass Schleswig-Holstein seine Minderheiten als Zugewinn für das gesellschaftliche Leben erkennt. Es reicht nicht, nur zu tolerieren, dass es sie gibt. Einen qualitativen Fortschritt würde ich darin sehen, dass man sagt: Wir wollen aktiv, dass es sie gibt. Gleiches gilt für das Niederdeutsche. Wenn man wünscht, dass es Teil der Identität unseres Landes bleibt, dann muss man aktiv etwas dafür tun.

*Wie kommen Sie dahin?*

Eine enorme Hilfe ist, dass sich seit Ende der 90er Jahre beim Europarat die Entwicklung zur Charta für Regional- und Minderheitensprachen und zum Rahmenübereinkommen zum Schutz von Minderheiten vollzogen hat. Es ist noch gar nicht so erkannt worden, dass das nicht einfach eine Auflistung des Status Quo bedeutet. In gewissen Zeiträumen überprüft der Europarat, wie es den Sprachen und Minderheiten geht – und legt den Finger in die Wunde, wenn es Rückschritte gegeben hat. Im Bereich der Sprachen sehe ich die auf jeden Fall. Das übt ja doch einen gewissen Druck aus. Da kann ich diesmal anders ansetzen als in meiner ersten Beauftragten-Periode. Wenn man davon ausgeht, dass Europa aus den Regionen wächst, ist Minderheitenpolitik ein Beitrag, den Schleswig-Holstein zur europäischen Entwicklung leisten kann.

*Woran denken Sie konkret?*

Der Koalitionsvertrag zeichnet ja klare Linien vor. Ich denke, dass die Sicherung

der Sprachenarbeit im Vordergrund stehen muss, mit einer qualitativen Vertiefung vorhandener Strukturen. Es kann im Moment nicht um eine Erweiterung der Möglichkeiten gehen.

*Was ist der Unterschied zwischen Erweiterung und qualitativer Vertiefung?*

Es geht mir darum, beim neuen Rollenverständnis der Minderheiten anzusetzen: Sie sind durch ein neues Selbstverständnis zum Geber geworden anstelle eines Nehmers, wie das vielleicht zu Anfang gewesen ist. Eine Gesellschaft kann eigentlich froh sein, dass sie solche Quellen kultureller Vielfalt besitzt. Wer zweisprachig ist und in zwei Kulturen zu Hause, der kann einfach mehr einbringen in seine Arbeit, in die Schule, in das Leben, in die ihn umgebende Mehrheitskultur. Qualitative Vertiefung heißt: die Voraussetzungen schaffen, dass sich die Existenz der Minderheiten auch fortsetzen kann. Das passiert vor allem über Sprache, von der Kita bis zur Hochschule. Wenn diese Landesregierung sagt, dass Bildung im Mittelpunkt steht, gilt das natürlich auch für die Bildungseinrichtungen der Minderheiten.

*Wie geht das mit dem Sparzwang im Landshaushalt zusammen?*

Fakt ist, dass die Regierung im Bereich Minderheitenpolitik mit einem gewissen Anspruch angetreten ist. Ich denke, dass es da dann auch Möglichkeiten der Umsetzung gibt.

*Im Abseits der öffentlichen Wahrnehmung stehen die Sinti und Roma. Durch Ihre Beratungstätigkeit bei einem Wohnprojekt für diese Minderheit in Kiel-Gaarden haben Sie Einblicke auch in diese Kultur. Was steht für diese oft vergessene Minderheit obenan?*

In dieser Wahlperiode wird es sicherlich dazu kommen, dass die Sinti und Roma wie die Dänen und Friesen ebenfalls in die Landesverfassung aufgenommen werden.

*Warum ist das nicht schon in früheren SPD-Regierungen passiert?*

Ich weiß gar nicht, wie viele Versuche es gegeben hat, aber es braucht dazu eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

*Wieso sollte es sie jetzt geben?*

Da wird man dran arbeiten müssen. Zuversichtlich stimmt mich, dass Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) als Innenminister eine Aufnahme in die Verfassung zugesagt hat.

# Kulturhauptstadt 2017

Kandidatur Sonderburgs gescheitert, aber nicht vergeblich

von STEPHAN KLEINSCHMIDT

*Stephan Kleinschmidt von der Partei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Schleswigsche Partei) ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Wirtschaft der Kommune Sonderburg. Auf seine Initiative geht die „Bewerbung Sonderburgs und der Region als Kulturhauptstadt 2017“ zurück. So lautete auch das Thema des Festvortrages, den Kleinschmidt bei der Mitgliederversammlung des ADS-Grenzfriedensbundes am 11. Juni 2012 in Flensburg hielt. Wir verabredeten mit dem Referenten eine Publikation im Grenzfriedensheft 3/2012, wobei die bis dahin erfolgte Entscheidung der Jury über die Bewerbung natürlich einbezogen werden sollte. Das für die Grenzregion enttäuschende Votum hat Kleinschmidt dazu veranlasst, den Schwerpunkt seines vorliegenden Beitrages auf die kulturellen und wirtschaftlichen Perspektiven zu legen, die das große Projekt auch ohne den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ (und die damit verbundenen EU-Mittel) für Sonderburg und die Region eröffnet.*

*Die Redaktion*

Alle Städte in Dänemark konnten sich um den Titel einer Europäischen Kulturhauptstadt 2017 bewerben. Aarhus und Sonderburg mit Sønderjylland-Schleswig sind angetreten, und die Jury hat beide Bewerber für die entscheidende Runde zugelassen. Doch nach vierjähriger Vorbereitung und einer spannenden letzten Phase des Bewerbungsmarathons hat die internationale Jury, bestehend aus 6 dänischen Vertretern und 7 Vertretern aus anderen europäischen Ländern, ihr Urteil gefällt und sich für Aarhus entschieden.

Dabei hatte Sonderburg sehr wohl eine Chance. Die Auszeichnung als Kulturhauptstadt ist nämlich nicht von der Anzahl der bestehenden Kultureinrichtungen abhängig. Die Initiative Europäische Kulturhauptstadt hat zum Ziel, durch Kultur Zusammenhalt zu schaffen. Es geht nicht um ein einzelnes Jahr mit herausragenden Veranstaltungen, sondern um eine Vision, die 20 Jahre in die Zukunft reicht. Die Initiative stärkt die Rolle der Kultur in den Entwicklungsstrategien und bringt Aufschwung für das Kulturleben der gesamten Region. Die Vision der Europäischen Kulturhauptstadt ging von Sonderburg aus, aber es handelt sich um ein regionales Projekt mit einer Fülle von Aktivitäten in den übrigen

Städten der Region Süddänemark und in Städten und Kreisen im nördlichen Schleswig-Holstein.

Doch die in der gemeinsamen Bewerbung entwickelte Vision einer „Countryside Metropolis“, einer „ländlichen Metropole“, wird auch ohne den Titel Kulturhauptstadt weiter mit Leben gefüllt werden. Denn die darin enthaltenen Ansätze sind wichtig für die Entwicklung einer wirtschaftlich starken und kulturell vielfältigen deutsch-dänischen Region.

In der ganzen Welt ist eine steigende Tendenz zu spüren, dass es Menschen in die Großstädte zieht. Dies ist eine große Herausforderung für kleinere Städte in ländlichen Räumen. Aber es muss nicht „uncool“ sein, nicht in einer Großstadt zu wohnen. Das wollte das Projekt „S 2017“ beweisen. Die ländlichen Gebiete besitzen Qualitäten, nach denen gefragt werden wird, wenn sie entwickelt und sichtbar gemacht werden. Hier hat das Leben einen ruhigeren Pulsschlag, die Natur liegt direkt vor der Haustür, und es gibt starke Gemeinschaften. Indem die Kultur in den Mittelpunkt gestellt und die Kreativität gefördert wird, setzen wir darauf, eine ländliche Metropole zu schaffen – eine „Countryside Metropolis“ – als attraktive Alternative zum Leben in den Großstädten.

Die Grenzregion beherbergt eine Vielfalt an Kulturen. Dies ist ein einzigartiger Ausgangspunkt, um kulturelle Vielfalt als Stärke zu betrachten, sich zur Welt hin zu öffnen und dafür zu sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sich willkommen fühlen.

Investitionen in Kultur fördern Beschäftigung, Wachstum und Entwicklung im ganzen Gebiet. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Kulturhauptstädten. So brachte in Liverpool (2008) und Linz (2009) jeder investierte Euro den 7 bis 8-fachen Ertrag, und der Fremdenverkehr stieg um ca. 14 Prozent im ganzen Einzugsgebiet. Insgesamt lässt sich die Wirkung früherer Kulturhauptstädte daran messen, dass vier von fünf die Erfahrung gemacht haben, dass die Investitionen auch auf längere Sicht Früchte tragen, und zwar durch:

- mehr Besucher/Touristen
- dauerhaftes Branding als visionäre Stadt/Region
- Zufluss von Mitteln von der EU, dem Nationalstaat, der Region und privaten Sponsoren
- neue Arbeitsplätze
- Wachstum in der kreativen Industrie
- internationale Aufmerksamkeit
- kreative und stolze Bürger
- verstärkten Zusammenhalt und Integration.

Das Potenzial der Kultur im Allgemeinen und der Kulturhauptstadtidee im Besonderen bildet das zentrale Leitmotiv. Denn Kultur wird auch in der deutsch-



Das S2017-Team bei einem Besuch des Europaparlaments in Straßburg

dänischen Region nicht nur als Standortfaktor begriffen, sondern auch als Entwicklungsmotor und kreatives Potenzial der Region. Sie wird auch im Hinblick auf die Globalisierung und den Strukturwandel als wichtige Ressource für die zukünftige Gestaltung Europas verstanden.

Das vielzitierte Leitmotiv der Europäischen Union – „in Vielfalt geeint“ – ist ebenso leicht formuliert wie schwer zu realisieren. Wir wollten mit unserer Bewerbung verdeutlichen, wie eine Grenzregion mit ihrem besonderen kulturellen Erbe die globale, multikulturelle Wirklichkeit mit aktuellen und zukünftigen kulturellen Projekten über Grenzen hinweg auf die bestmögliche Art und Weise nutzt. So war die Kandidatur als Kulturhauptstadt Europas mit dem Anspruch verbunden, einen Beitrag für Europa zu leisten und ein Bewusstsein für die Gemeinsamkeiten und die Vielfalt der europäischen Kultur zu schaffen.

Es ging uns darum, die Rolle der Kultur neu zu definieren, Sonderburg und die deutsch-dänische Region neu zu positionieren und alles in einer kulturellen Perspektive neu zu erfinden. Eine solche große Vision fußt auf vielen kleinen Bausteinen. Es geht um die Balance zwischen Lokalem und Europäischem – und allem, was dazwischen liegt.

Ich hatte die Hoffnung, dass mit dem Titel Kulturhauptstadt Europas sowohl die kulturelle als auch die wirtschaftliche Entwicklung des Grenzlandes durch die Schaffung eines internationalen Profils, die Steigerung des Selbstbewusstseins und des Ansehens der Region gefördert werde. Denn wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsziele lassen sich nicht mehr voneinander trennen.

Ich erwartete nachhaltige und positive Effekte für die Kultur, für Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Zusammenarbeit in der Kulturregion Sønderjylland-Schleswig, nicht nur im Falle einer erfolgreichen Bewerbung, sondern auch schon durch den Prozess der Bewerbung. Denn bereits dieser Prozess führt zu neuen intensiven Formen kulturellen Engagements, und es können zukunftssträchtige Wege einer kulturgeprägten Entwicklung eingeschlagen werden. Es gibt neue Impulse, die ohne die Kulturhauptstadtbewerbung wohl kaum möglich wären. So hat die Kandidatur einen Dynamisierungseffekt hinsichtlich Investitionen, die schon seit längerer Zeit in Planung sind.

Gerade unser Grenzland ist geprägt durch die Strömungen von Norden und von Süden, die sich hier schon immer getroffen haben. Nicht nur um sich hier zu vermischen, sondern auch um sich gegenseitig zu inspirieren und sich auch künstlerisch zu bereichern. In unserer Bewerbung als Scharnier wurde das Potenzial eines kulturellen Kreuzungspunkts deutlich.

Mit der Vision der Kulturhauptstadt als Meilenstein ist die Region dabei, sich selbst grenzüberschreitend wieder zu entdecken. Mit 28.000 Einwohnern im Stadtbereich und 76.000 in der gesamten Kommune ist Sonderburg keine Großstadt, aber Sønderjylland-Schleswig hat 700.000 Einwohner, und in Süddänemark und Schleswig-Holstein leben vier Millionen Menschen. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat sich eine tragfähige Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet über die Grenze hinweg entwickelt. Wir wollen noch immer diese Zusammenarbeit stärken – auch ohne den Kulturhauptstadttitel.

## Das „Wundfieber von Düppel“

Noch immer nicht versöhnt – in Erwartung eines deutsch-dänischen Schlachtenjubiläums

Neue Zürcher Zeitung, 7.4.2012

In der Schlacht von Düppel erlitt Dänemark 1864 eine schwere Niederlage gegen den Deutschen Bund. In der Folge musste es Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten. Das Datum markiert die Gründung des modernen Dänemark – und ist doch bis heute ein Trauma geblieben.

An den Düppeler Schanzen wurden 1864 die Truppen des Dänenkönigs von Preussens und Österreichs Streitmacht geschlagen. Dänemark verlor mit den Herzogtümern Schleswig und Holstein ein Drittel jenes Territoriums, das ihm fünfzig Jahre zuvor nach dem Verlust Norwegens noch geblieben war. Die Dänen waren als eine Nation in den Kampf gezogen, die im Vertrauen auf ihre Stärke Waffengewalt einsetzte. Nach der Niederlage musste sich das Land als Klein- und Nationalstaat neu erfinden. 1864 ist das Gründungsdatum des erfolgreichen modernen Dänemark und zugleich ein Trauma. Als „Wundfieber von Düppel“ fasste Herman Bang im Roman „Stuck“ die gründerzeitliche Betriebsamkeit jenes Neubeginns.

Im Blick auf den 150. Jahrestag des Waffengangs herrscht in Dänemark erneut emsige Betriebsamkeit. „Time out 1864: Granatenschock“ heisst ein Computerspiel, das für Gymnasiasten entwickelt wird. Der Spieler schlüpft in die Rolle eines jungen Soldaten, der sich und seinen dem Wahnsinn nahen Offizier retten soll, als die Preussen zum Sturm aufblasen. An jenem 18. April setzte der Granathagel um 4 Uhr früh ein, um 10 Uhr erfolgte der Befehl zur Erstürmung der Schanzen – sechs Minuten später war die erste Schanze genommen. Derweil schmetterte eine 300 Mann starke Blaskapelle den von Kapellmeister Piefke eigens für diese Attacke komponierten „Düppeler Schanzenmarsch“, worauf Preussens Königshymne „Heil dir im Siegerkranz“ machtvoll erklang. Um 14 Uhr hatte der letzte dänische Soldat die Stellung geräumt. 4000 Tote blieben auf dem Schlachtfeld zurück.

### Gegenseitige Denkmalzerstörungen

Von „Danmarks Killing Fields“ singt Lars Lilholt in seinem brandneuen Musikvideo. „Wir waren guter Dinge beim Kriegsausbruch / mein Mädchen wollte mit“, flötet der Barde zunächst. Sein Lied schliesst jedoch: „Die Helden des Rückzugs trafen auf Schweigen / Raunen von Verrat / als sie mit Wundfieber heimkehrten / und Alpträumen / vom verlorenen Krieg der Politiker – 1864.“

Das liest sich fast wie Herman Bang, der zum 25. Jahrestag im Roman „Tine“ das Inferno des Kriegs schilderte und den Mythos Düppel infrage stellte. Dieser hatte das Debakel – etwa in Anlehnung an die Niederlage der Spartaner gegen die Perser bei den Thermopylen – als heldenmütigen Kampf einer tapferen kleinen Schar gegen einen übermächtigen Eindringling gedeutet. Dabei war es Dänemarks Regierung, die sich

über internationale Vereinbarungen hinweggesetzt und Bismarck den Vorwand zum Einmarsch geliefert hatte.

Zum 150. Jahrestag des epochalen Ereignisses produziert nun das Staatsfernsehen die Serie „1864“, die in acht Folgen zu 58 Minuten die menschlichen Tragödien in den Brennpunkt rücken will. Die TV-Erzählung baut auf Tom Buk-Swientys Sachbuchbestseller „Schlachtbank Düppel“ (2008), der in Dänemark ein starkes Presseecho auslöste und seit kurzem im Berliner Osburg Verlag auch auf Deutsch vorliegt. Das Radio widmete Düppel bereits vor einem Jahr am Tag der Schlacht eine sechsstündige Sondersendung. Reporter berichteten direkt vom Schlachtfeld, Historiker gaben im Studio Kommentare ab.

Das Siegesmonument, das die Preussen im neugotischen Stil in Düppel bauten, wurde im Mai 1945 gesprengt. Die Geschichte der Grenzregion ist auch eine Geschichte der gegenseitigen Denkmalzerstörungen, wie die dänische Historikerin Inge Adriansen in ihrem jetzt auch deutsch greifbaren Buch „Denkmal und Dynamik“ (Wachholtz Verlag) aufzeigt. Ein neues Kapitel wollte deshalb der dänische Künstler Kenn André Stilling aufschlagen und im Blick auf das Gedenkjahr Anselm Kiefer für die Konzeption eines Versöhnungsdenkmal gewinnen. Doch die Ablehnung war allzu heftig. So verurteilte ein ehemaliger Widerstandskämpfer „die kranke Idee einer weiteren Versöhnung und Verbrüderung in Gestalt eines neuen deutschen Monuments in Düppel“.

Leserbriefschreiber protestierten auch, als am letztjährigen Düppel-Tag erstmals dänische und deutsche Soldaten, bewaffnet und im Kampfanzug, nach der Ehrung der Gefallenen gemeinsam durch die Stadt Sønderborg marschierten, die 1864 im Granathagel tagelang lichterloh gebrannt hatte. Die befürchteten Zwischenfälle blieben aber aus, wie das Blatt der deutschen Minderheit, „Der Nordschleswiger“, zufrieden feststellte.

#### Deutsche Flagge nur mit Erlaubnis

Ein gewisser Argwohn ist unverkennbar. Zweisprachige Ortsschilder sind auf der dänischen Seite der Grenze kaum denkbar, während der dänische Namen Flensburg seit vier Jahren die Flensburger Ortstafeln ziert. Kürzlich sprach ein dänischer Museumsleiter, der sich erfolglos für zweisprachige Ortsschilder in der dänischen Grenzregion verwendet hatte, in „Politiken“ von einem „Deutschenkomplex“, der sich auch darin manifestiere, dass Personen mit ausländischem Wohnsitz keine Sommerhäuser besitzen dürften und dass nur das Hissen nordischer Flaggen erlaubt sei. Während man in Deutschland problemlos eine dänische Fahne hochziehen dürfe, müsse für das Hissen einer deutschen Flagge in Dänemark eine Genehmigung eingeholt werden.

Dieser „Deutschenkomplex“ wurzelt im 18. und 19. Jahrhundert und im Kampf gegen die damalige deutsche Dominanz im Königreich. Noch Herder hatte Kopenhagen als das „dänische Ende Deutschlands“ gepriesen. Zwischen 1848 und 1945 wurden vier Kriege ausgefochten, zweimal wurde die Grenze verlegt. Dieser Tage wurde bekannt, dass der Bund Deutscher Nordschleswiger, der die Minderheit in Dänemark vertritt, beschlossen hat, im kommenden August seinen „Ehrenhain“ in „Gedenkstätte“ umzubenennen. An diesem Ort gedenkt die Minderheit ihrer in den Weltkriegern Gefallenen. Unter den Geehrten befinden sich, wie „Berlingske Tidende“ berichtet, auch 750 Freiwillige der Waffen SS. Ein über 150 Jahre währendender Streit konnte indes letzten Herbst dank einer noblen Ges-

te der Stadt Flensburg beigelegt werden, als der umstrittene Ildstedt-Löwe an seinem ursprünglichen Standort auf dem Alten Friedhof in Flensburg wiedererrichtet wurde. Bei dem Löwen handelt es sich um ein dänisches Siegesdenkmal, das daran erinnert, dass die Dänen 1850 in der Schlacht bei Ildstedt die Schleswig-Holsteiner bezwangen. Einst galt das Monument als Symbol gegenseitigen Misstrauens. Jetzt wird es auf einer Tafel als „Zeichen von Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ gewürdigt.

Aldo Keel

---

## SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

---

Grenzüberschreitend für  
Kulturhauptstadt 2017

Der Nordschleswiger, 14.6.2012

*Das Projekt Kulturhauptstadt Sonderburg 2017 führte seit Monaten zu immer neuen Initiativen und erreichte eine breite Unterstützung aller Gebietskörperschaften beiderseits der Grenze, die auch finanzielle Zusagen beinhaltete (vgl. GFH 2/2012, S. 132). Anfang Juli machte das Projekt erstmals Negativschlagzeilen (z.B. No u. Fl.A. u. FT 5.7.), als der Text der offiziellen Bewerbung an die Öffentlichkeit geriet. Dort heißt es an einer Stelle: „Der vierte Grund der Kandidatur ist, dass es anhaltenden Widerstand und negative Emotionen im Zusammenspiel zwischen Dänen und Deutschen in der Region gibt. Diese zwar nuancierte, aber zählebige Feindschaft spielt eine entscheidende und ungesunde Rolle in der Grenzregion.“ Und weiter unten steht zu lesen: „Dänen und Deutsche leben mit dem Rücken zueinander. [...] Deutschland ist als der brutale große Bruder gefürchtet, der damit droht, früher oder später die wirtschaftliche Macht zu übernehmen.“ Dies führte vor allem auf deutscher Seite zu großem Unmut, und Politiker, Kulturschaffende und Wirt-*

*schaftsvertreter drückten ihre Verwundung und ihre Hoffnung aus, dass dies der Bewerbung hoffentlich nicht schade. Auch Bürgermeisterin Aase Nyegaard und der Vorsitzende des Kulturausschusses und „Vater“ der Projekts Stephan Kleinschmidt bedauerten die Formulierungen, die laut letzterem höchstens in Bezug auf einige meist der älteren Generation angehörige Zeitgenossen zutreffen mögen. Elise Pedzepović vom zuständigen Sekretariat der Kommune erklärte, dass man nicht alles durch die rosarote Brille betrachten dürfe und dass die beanstandeten Passagen nur ein winziger Teil in einer sonst positiven Darstellung des deutsch-dänischen Potenzials in der Region ausmachen. In erster Linie sei die Bewerbung an die 13köpfige Jury (6 Dänen, 7 weitere Europäer) gerichtet. Unmittelbar vor dem Besuch der Jury sorgte ein ablehnender Brief von sechs Apenrader Kommunalratsmitgliedern an diese für Irritationen, hatte der Rat der Nachbarkommune doch mehrheitlich für die Unterstützung des Projekts gestimmt. – Die gemeinsamen Aktivitäten gingen jedoch unvermindert weiter. In Århus drückte man seinen Respekt vor dem sehr viel einwohnerschwächeren Konkurrenten aus – der „Countryside Metropolis“ setzte man das Motto „Rethinking Future“ entgegen. Das Rennen galt bis zuletzt als völlig offen. Zwar war die Enttäuschung im Grenzland über die endgültige Ent-*

scheidung groß, zumal viele das grenzüberschreitende Konzept als innovativer ansahen als das doch eher herkömmliche Konzept der erst im 20. Jahrhundert zur Großstadt gewachsenen zweitgrößten Stadt Dänemarks. Gerade in Bezug auf Zypern, das die andere Kulturhauptstadt 2017 stellen wird und immer noch unter der Teilung in zwei Bevölkerungsgruppen leidet, schien das Sonderburger Konzept ein zukunftsweisender Fingerzeig zu sein. Einzelne Stimmen munkelten, dass Århus in seinem britischen Projektleiter, der bereits federführend am Projekt Kulturhauptstadt Kopenhagen 1996 beteiligt gewesen war, den entscheidenden Vorteil hatte. Übereinstimmenden Berichten zur Folge wurde die Entscheidung jedoch wirklich erst am letzten Tag nach den offiziellen Besuchen der Jury in den Bewerberstädten gefällt. Auffallend war das geringe Interesse im übrigen Dänemark, vor allem in Kopenhagen – die Hauptstadtmedien nannten den Wettbewerb zwischen den beiden Provinzstädten mitunter einen „jütischen Kulturkampf“. Selbst die in Århus herausgegebene Tageszeitung Jyllands-Posten brachte den Sieg „ihrer“ Stadt unter dem Titel „Århus kam, sah und siegte“ erst im Mittelteil. Trotz der zunächst großen Enttäuschung blieben alle Beteiligten in Sonderburg und der Region zuversichtlich, dass die gemeinsame Bewerbung weitere Energie für grenzüberschreitende Aktivitäten freigesetzt habe und dass viele der für 2017 geplanten Projekte auch ohne die offizielle Anerkennung als Kulturhauptstadt umgesetzt werden. Siehe hierzu den Beitrag von Stephan Kleinschmidt auf S. 189-192.

Koalition verschärft Ton gegenüber NDR

Flensburg Avis, 15.6.2012

*Die Landesregierung fordert vom Norddeutschen Rundfunk eine stärkere Berücksichtigung der Minderheiten im Lande. Nur selten gibt es Sendungen in den Regionalsprachen (z.B. monatlich Frisch für enarken), während der Mitteldeutsche Rundfunk und Radio Berlin-Brandenburg täglich sorbische Sendungen in den betreffenden Regionalprogrammen anbieten.*

Zum ersten Mal: Friesisch im Abitur Nordfriesland, Nr. 179, Sept. 2012, S. 5

*Zum ersten Mal überhaupt wurden Abiturprüfungen in friesischer Sprache abgelegt, und zwar am Gymnasium der Eilun Feer Skuul in Wyk. Dort wird Föhrer Friesisch auch in der Oberstufe unterrichtet, und in diesem Jahr haben mit Meike Riewerts und Line Mack erstmals zwei Abiturientinnen einen Teil ihrer Reifeprüfung in ihrer Muttersprache ablegen können.*

Pendeln schafft Löcher

Der Nordschleswiger, 15.6.2012

*Sowohl in Deutschland wie in Dänemark wird der Gegensatz zwischen Stadt und Land immer größer, der Wohnort ist nur noch Schlafort, so dass immer mehr geografische und zeitliche Löcher entstehen – zumal bei besserer Ausbildung auch die Bereitschaft zu noch längeren Arbeitswegen steigt, was natürlich viel Zeit für die Familie kostet. Eine deutschlandweite Studie der Techniker-Krankenkasse bestätigt, dass der immer größere Zwang zu Mobilität und Flexibilität sich negativ auf Psyche und Gesundheit auswirkt*

(FT 27.6.). Vgl. hierzu GFH 2/2012, S. 122 und 132.

## Deutschland zeigt Flagge

Der Nordschleswiger, 15.6.2012

*Das Länderspiel Deutschland-Dänemark bei der Fußball-Europameisterschaft führte nicht mehr wie vergleichbare Ereignisse in den früheren Jahren zu vorherigen Ausfällen in der Boulevardpresse. Zwar brachte Ekstra-Bladet in der Sportbeilage am 16.6. „10 ting, der er galt med Tyskland“ (darunter Grenzhandel und TV-Unterhaltung) und am Folgetag die „Schlagzeilen „0:2 – Deutschland kaputt“ und „Die dummen Dänen waren die Klügeren“, doch hielt sich dies weitestgehend im Rahmen des Humorvollen, zumal sonst respektvoll von den Sportlern des Nachbarlandes berichtet wurde. In Deutschland wie Dänemark wurde das Spiel vielerorts mit „Public Viewing“-Veranstaltungen begangen.*

## Der große Festtag der vielen Minderheiten

Flensburg Avis, 18.6.2012

*Beim 33. Strandfest Solitude des ADS-Grenzfriedensbundes waren mehr als 60 Vereine und Einrichtungen beteiligt. Näheres hierzu in der nächsten Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift Streiflicht.*

## Lasst uns Mehrsprachigkeit zelebrieren

Der Nordschleswiger, 18.6.2012

*Beim Knivsbergfest der deutschen Nordschleswiger bestätigte Landtagspräsident Klaus Schlie der Volksgruppe, dass Schleswig-Holstein „uneingeschränkt an*

*Ihrer Seite“ stehe. Die Festrede des Leiters der Heimvolkshochschule Højskolen Østersøen Peter Buhrmann ist auf S. 179 ff. nachzulesen. Vgl. a. GFH 2/2012, S. 120.*

## Dänemark pocht auf Belt-Tunnel ohne Hindernisse

Flensburger Tageblatt, 20.6.2012

*Nachdem im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung einige Kürzungen in Aussicht genommen und Zweifel an dem Projekt geäußert worden waren, verlangte der dänische Verkehrsminister Henrik Dam Kristensen eine unverzügliche Weiterarbeit an der festen Fehmarnbelt-Querung. Diese werde nicht nur die Fahrtzeiten verkürzen, sondern auch das beiderseitige Verständnis und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern (GFH 2/2012, S. 120). Daraufhin versicherte Ministerpräsident Albig, dass Schleswig-Holstein seine vertraglichen Pflichten erfüllen werde (No. 28.7.). Dies nahm das Femern Belt Development mit Erleichterung auf (No. 4.8.). Schleswig-Holsteins Regierung hat in ihrem neuen Haushaltsplan die bisher unter dem Titel „ohne besonderen Verwendungszweck“ für das Fehmarnbelt-Projekt bereitgestellten 60 Mio Euro zurückgezogen; zudem hat man erklärt, sich nicht an den nun zu erwartenden 800 Mio Euro Mehrkosten für die Hinterlandanbindung zu beteiligen, da dies ein Bundesprojekt sei.*

## Es gibt mehr als Wikinger und „Pølsetyskere“

Der Nordschleswiger, 20.6.2012

*Mit einem neuen Interreg-Projekt an der Syddansk Universitet und der Christian-*

*Albrechts-Universität Kiel soll deutsch-dänischen Vorurteilen, aber auch Gemeinsamkeiten auf den Grund gegangen werden. Die Federführung liegt bei Erla Hallsteinsdóttir vom Institut for Sprog og Kommunikation der SDU.*

## Das Flaggschiff der Grenzregion

Flensburger Tageblatt, 21.6.2012

*Die Akademie Sankelmark feierte ihr 60-jähriges Bestehen. In dieser Zeit hat das Tagungszentrum etwa 5000 Seminare mit einer halben Million Teilnehmern veranstaltet.*

## Skandinavische Pädagogik erwünscht

Der Nordschleswiger, 21.6.2012

*Im kommenden Schuljahr nimmt in Berlin erstmals eine deutsch-skandinavische Gemeinschaftsschule den Lehrbetrieb auf. Das Interesse ist nicht nur bei den immer zahlreicher in Berlin lebenden Dänen, Schweden und Norwegern groß, sondern auch bei deutschen Eltern. Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe ist geplant.*

## Neue Perspektiven für das Nazi-Bauwerk

Flensburger Tgaebblatt, 21.6.2012

*Die zur Zeit ungenutzte Neulandhalle im süderdithmarsischen Dieksanderkoog, ein nationalsozialistisches Prestigeprojekt in Verbindung mit neuer Landgewinnung, soll nach Vorschlägen des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte zu einem zeitgemäßen historischen Lernort umgestaltet werden.*

## Knapp 1,2 Millionen vom AA für deutsche Sprache in DK und Vertragspartner BDN

Der Nordschleswiger, 23.6.2012

*In einem neuen Vertragswerk nimmt der Bund deutscher Nordschleswiger eine federführende Rolle ein, um die deutsche Sprache in Dänemark gemäß der Linien des Auswärtigen Amtes zu fördern.*

## 1,2 Mrd. Dosen kamen letztes Jahr über die Grenze

Der Nordschleswiger, 25.6.2012

*Der Import von Getränkedosen erreicht in Dänemark immer neue Rekorde. Das Problem der Müllentsorgung ist nach wie vor ungeklärt (GFH 2/2012, S. 128), eine europäische Pfandordnung noch immer im Status vorläufiger Planungen.*

## Margarethe Mitscherlich:

Das Grenzland lehrte sie Toleranz

Flensburger Tageblatt, 26.6.2012

*Am 12. Juni verstarb in Frankfurt/Main die 1917 in Gravenstein geborene bedeutende Psychoanalytikerin und Frauenrechtlerin Margarethe Mitscherlich. Aufgewachsen in einer gemischt-nationalen Familie in einem gemischt-nationalen Umfeld, war es ihr gerade deswegen nach eigener Aussage besonders gut möglich, „sich in Andersdenkende einzufühlen, unterschiedliche Meinungen und nationale Vorlieben gegeneinander abzuwägen oder sie nebeneinander bestehen zu lassen, ohne dabei in Angst zu geraten, die eigene Identität zu verlieren.“ Ihr wohl bekanntestes Werk „Die Unfähigkeit zu trauern“, 1967 gemeinsam mit Ehemann Alexander herausgegeben, ist bis heute ein*

Standardwerk über den Umgang mit der NS-Geschichte.

EU-Vorbehalte (nicht) passé

Der Nordschleswiger, 27.6.2012

*Die dänische Regierung plant nicht, in der laufenden Legislaturperiode bis 2015 Volksabstimmungen über die Änderung der 1992 festgelegten dänischen EU-Vorbehalte abhalten zu lassen (s. GFH 2/2012, S. 121).*

Er gab der südschleswigschen Geschichte Gestalt

Flensburg Avis, 27.6.2012

*Nach 23 Jahren in Archiv und Studienabteilung der dänischen Minderheit ist Lars Henningsen, einer der profiliertesten Historiker der Grenzregion und Verfasser zahlreicher GFH-Beiträge (zuletzt GFH 2/2010, S. 109 f.), in den Vorruhestand getreten. Sein Nachfolger wird Mogens Rostgaard Nissen, zuvor Lektor am Institut for Historie, Kultur og Samfundsbeskrivelse der Syddansk Universitet in Odense.*

„Meine Tür steht für die Minderheit immer offen“

Der Nordschleswiger, 28.6.2012

*Mit dem Regierungswechsel ist die Verantwortung für die dänische Minderheitenpolitik vom Innen- ins Bildungsministerium gewechselt. Der Kontaktausschuss des Folketings für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig tagte nun erstmals unter dem Vorsitz der Bildungsministerin Christine Antorini, die ihre Offenheit gegenüber Angelegenheiten der Minderheit hervorhob. Da viele Minderheitenangelegenheiten ohnehin Fragen der Kinderbetreuung*

*und des Schulwesens betreffen, hofft man auf schnellere Behandlung aktueller Angelegenheiten durch die neuen Strukturen.*

Sie schufen eine gute Verbindung

Flensburg Avis, 28.6.2012

*Auf ihrer gemeinsamen zweitägigen Fahrradtour auf der grenzüberschreitenden Fahrradrouten trafen der deutsche Botschafter in Dänemark Michael Zenner und der dänische Botschafter in Deutschland Per Poulsen-Hansen mit zahlreichen Bewohnern des Grenzlandes zusammen. Damit wollten sie auf das gemeinsame Potenzial der Region aufmerksam machen und das gute Verhältnis auf vielen Ebenen hervorheben.*

Fähre gefährdet

Flensburg Avis, 28.6.2012

*Das geringe Interesse an der Ausschreibung der traditionsreichen Fährverbindung zwischen Fühnenshaff (Alsen) und Bøjden (Fünen) lässt befürchten, dass mit dem Auslaufen des derzeitigen Betreibervertrags zum 1.5.2013 auch diese letzte Fährverbindung zwischen der fünischen Inselgruppe und dem Festland eingestellt wird. Die Routen Gelting-Fåborg und Kiel-Bagenkop werden schon seit mehreren Jahren nicht mehr befahren.*

Grenzhandel lässt große Region leiden – Regierung will Abgaben einstellen

Der Nordschleswiger, 3.7.2012

*Das Thema Grenzhandel wird nach wie vor häufig in den Medien auf dänischer Seite aufgegriffen und problematisiert. Nach*

einer Studie von Susanne Bygvrå (Institut for Grænseregionsforskning), die seit 1976 den grenzüberschreitenden Warenverkehr untersucht, nehmen viele Dänen immer längere Wege in Kauf, um auch Waren des täglichen Bedarfs in Deutschland einzukaufen. Je näher man an der Grenze wohnt, desto häufiger geschieht dies. Selbst im Dreieck Fredricia-Kolding-Vejle sind Umsatzeinbußen spürbar. Die Regierung will daher die für 2013 geplante Zuckerabgabe nicht einführen und vermutlich auch die noch von der Vorgängerregierung verabschiedete Fettabgabe wieder streichen. Bygvrå macht darauf aufmerksam, dass die Folgen des Grenzhandels wegen der relativ dünnen Besiedlung Nordschleswigs nicht so augenscheinlich sind, als wenn sich dort eine Großstadt befinden würde. In der Studie geht es allerdings nicht um die Frage, inwieweit auch andere innere Faktoren viele Dänen zum Kauf in Deutschland antreiben. Dies geschah in einer Untersuchung von Grænseguiden.dk: Demnach würden auch bei gleichen Steuersätzen viele Dänen jenseits der Grenze einkaufen, da die Preise im Königreich immer noch deutlich teurer sein würden (Fl.A. 25.6.). Während Waren in Dänemark seit 2000 im Durchschnitt um 29 Prozent teurer geworden sind, haben sich alkoholische Getränke seither sogar verbilligt. Dem möchten Vertreter der Regierungsparteien Socialistisk Folkeparti und Radikale Venstre mit höheren Abgaben entgegenwirken, was die anderen Parteien aber ablehnen (No. 30.7.). Nach neuen Untersuchungen profitieren nicht nur die typischen Grenzmärkte auf deutscher Seite von den höheren Preisen in Dänemark, sondern zunehmend auch viele Einkaufsmärkte und Geschäfte in ganz Südschleswig. Nach einer Untersuchung des Analyse-

instituts Experion gibt es in Sütjütland durchschnittlich mehr Konkurse als in anderen Landesteilen, wofür ebenfalls der Grenzhandel mitverantwortlich gemacht wird (Fl.A. 12.9.2012).

## Europaklasse macht Abitur

Flensburger Tageblatt, 3.7.2012

Die 14 Schülerinnen und Schüler der 2009 gestarteten gemeinsamen Europa-Klasse der Gymnasien in Niebüll und Tønder haben ihr Abitur bestanden und wurden gemeinsam mit den übrigen Absolventen des Tønder Gymnasium entlassen. Stammten die 14 Abiturienten ausschließlich aus dem Amt Südtønder, ist das Interesse auf dänischer Seite inzwischen wieder gestiegen. Das Projekt wird unter dem Namen „Internationale Klasse“ im neuen Schuljahr fortgesetzt. Der Name soll darauf hinweisen, dass die hier erworbenen Fähigkeiten nicht auf Europa begrenzt bleiben sollen.

## Steuervorteile sollen

### Dörfer stärken

Flensburger Tageblatt, 3.7.2012

Union und FDP wollen im Bundestag neue Gesetzesvorlagen zur Förderung ländlicher Regionen einbringen. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Sylter Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebing will unter anderem die Anschlusskosten für bessere Internetverbindungen steuerlich fördern, mehr in den öffentlichen Nahverkehr investieren oder die Pendlerpauschale erhöhen, um dem anhaltenden Rückgang der Bevölkerungszahl in vielen ländlichen Regionen entgegenzuwirken (s. GFH 2/2012, S. 132).

Grenzenloses Literaturerlebnis

Flensburger Tageblatt, 3.7.2012

*In der 3. Auflage des „litteraturfest.nu“ trafen deutsche und skandinavische Schriftsteller in vielen Lesungen zwischen dem 16. und 22. September in der Region beiderseits der Grenze aufeinander. Initiatoren sind u.a. das Kulturbüro der Stadt Flensburg und das Nordisk Informationskontor mit Sitz ebenfalls in Flensburg.*

Deutsche Bücherein legen zu

Der Nordschleswiger, 4.7.2012

*Nach der Aufnahme in den Zentralkatalog bibliotek.dk haben die deutschen Bibliotheken in Nordschleswig die achtfache Menge an Fernleihen zu bewältigen, während die Ausleihzahlen landesweit sinken.*

Weiterhin Dänisch an der Universität

Flensburg Avis, 5.7.2012

*Nach einigen gegensätzlichen Meldungen bekräftigten die neue Bildungsministerin Waltraud Wende und ihr geschäftsführender Nachfolger als Uni-Präsident Werner Reinhart, dass auch nach der Umstrukturierung das Fach Fach Dänisch in der Grundschullehrerausbildung erhalten bleibt.*

Fast die Hälfte der Dänen:

„Ich spreche Deutsch“

Flensburg Avis, 6.7.2012

*Laut einer europaweiten Untersuchung gaben 47 % der Dänen an, dass sie gut genug Deutsch sprechen und verstehen können, um sich angemessen zu verständigen. Das ist europaweit ein Spitzenwert bei einem Durchschnitt von nur 11 % bei der gesamten EU-Bevölkerung.*

Was kann man als

Absolvent einer dänischen

Schule erwarten?

Flensburg Avis, 7.7.2012

*Ein 17-jähriger ehemaliger Schüler der dänischen Schule in Süderbrarup sah sich durch die Bemerkungen eines Sachbearbeiters der Neumünsteraner Arbeitsagentur diskriminiert, der mit den Worten „Wir wissen alle, was der Abschluss an einer dänischen Minderheitenschule wert ist“ zitiert wird.*

Wenig Wissen über deutsche

Minderheit in Dänemark

Der Nordschleswiger, 7.7.2012

*Eine vom Sozialforschungsinstitut Epinion im Auftrag von Grænseforeningen durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem außerhalb der Region das Wissen über das Vorhandensein der deutschen Volksgruppe und ihrer Einrichtungen ziemlich gering ist.*

Carl Holst beruft BDN-Chef in den  
Institutsvorstand

Der Nordschleswiger, 9.7.2012

*Mit Hinrich Jürgensen gehört erstmals ein hochrangiger Vertreter der deutschen Nordschleswiger dem Vorstand des Instituts for Grænseregionsforskning an.*

Deutschland ist noch stärker zum

Einwanderungsland geworden

Der Nordschleswiger, 10.7.2012

*2011 hat Deutschland netto 279.000 Zuwanderer aus dem Ausland hinzugewonnen.*

Wieder Gift an der Grenze  
Der Nordschleswiger, 12.7.2012

*Kontrollen ergaben, dass viele Dänen in Deutschland Giftstoffe für den Haus- und Gartenbereich kaufen, die in Dänemark nicht zugelassen sind.*

Jugendliche verlassen Region für die Ausbildung

Der Nordschleswiger, 13.7.2012

*Trotz des Zuwachses bei den eigenen Ausbildungsstätten (s.o. 7.7.) verlassen immer noch sehr viele Jugendliche das südliche Dänemark, um in den großen Städten zu lernen und studieren. Dafür gab es in der Region 2007-09 jedoch einen nicht unerheblichen Nettozuzug an Akademikern.*

Museumsberg mit neuem Dauergast

Flensburg Avis, 19.7.2012

*Im Hans-Christiansen-Haus des Museumsbergs Flensburg widmet sich ein neu gestalteter Teil der Dauerausstellung dem vor einem Jahr auf den Alten Friedhof zurückgekehrten Idstedt-Löwen (GFH 3/2011, 4/2011, S. 183 ff.). Diese enthält unter anderem die nationalistische Sockeltafel von 1862. Das Denkmal kann vom Fenster des Ausstellungsraums gesehen werden. Die Ausstellung mit der historischen Einordnung des Denkmals war nicht nur ein lang gehegter Wunsch des Museums und vieler Besucher, sondern auch Teil des Schenkungsvertrags zwischen Dänemark und der Stadt Flensburg.*

Boom dänischer Ferienreisen von Hamburg aus

Flensburg Avis, 19.7.2012

*Der Flughafen der norddeutschen Elbmetropole wird immer häufiger Ausgangspunkt für Fernreisen dänischer Touristen.*

Viele Teilnehmer beim Gedenken an die Schlacht von Idstedt 1850

Flensburg Avis, 26.7.2012

*Mit etwa 70 Teilnehmern war die traditionelle Gedenkfeier auf dem Alten Friedhof, die erste nach der Wiederrichtung des genau 150 Jahre zuvor enthüllten Idstedt-Löwen, gut besucht. In seiner Ansprache betonte der Chefredakteur von Flensburg Avis, Bjarne Lønborg, die Entwicklung von der Konfrontation zum Miteinander, erwähnte aber auch die politischen Schwierigkeiten in Bezug auf die nach seiner Formulierung „von der Gesinnung motivierte wirtschaftliche Diskriminierung“ (sindelagsbestemt økonomisk diskriminering) der dänischen Minderheitenschulen (GFH 2/2012, S. 127); daher sei es gut, dass die erste Gedenkfeier mit dem Löwen in Flensburg nun unter neuen politischen Verhältnisse stattfindet. – Anlässlich der Gedenkveranstaltung an der Idstedt-Gedächtnishalle würdigte die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack die Fortschritte im deutsch-dänischen Verhältnis. „Nicht die Rückschau bestimmt den heutigen Tag, sondern das Vertrauen zwischen Deutschen und Dänen führt uns an diesem Ort zusammen“, so Renate Schnack, die zudem auch die Bedeutung der Minderheitenpolitik und die Bemühungen der Menschen vor Ort, einander zu verstehen, für die positive Entwicklung hervorhob (Fl.A. 2.8.2012). Die Minder-*

heitenbeauftragte nahm auch an einer weiteren dänischen Gedenkfeier auf dem Schleswiger Michaelisfriedhof teil, ebenso wurde an erhaltenen Soldatengräbern um Idstedt herum der Toten gedacht.

## Dänen entdecken Dänemark

Der Nordschleswiger, 30.7.2012

*Der Anteil deutscher Touristen in dänischen Sommerhäusern (2011 noch ca. 70 Prozent) ist 2012 deutlich zurückgegangen – im Juli gab es ein Minus von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat (Fl.A. 11.9., s.a. GFH 1/2012, S. 45). Da die deutschen Feriengäste in der Regel lange im Voraus gebucht hatten, ist es nun leichter möglich, noch kurzfristig ein freies Sommerhaus zu mieten, was die Dänen nach jüngsten Zählungen der Branche in diesem Sommer so ausgiebig getan haben wie nie zuvor.*

## Deutsch-Studium 2012 weniger gefragt

Der Nordschleswiger, 1.8.2012

*Bei der Bewerbung um die Studienplätze an den dänischen Universitäten haben landesweit gerade einmal 109 Kandidaten Deutsch als erste Wahl angegeben – im Vorjahr waren es immerhin noch 125. Schon seit vielen Jahren werden die nachlassenden Deutschkenntnisse jüngerer Dänen nicht nur von dänischen Wirtschaftsvertretern mit Sorge betrachtet. Als Gründe werden die geschwächte Stellung des Fremdsprachenunterrichts seit den letzten Schulreformen, u.a. der Gymnasialreform 2005, und die Tendenz zur bevorzugten Wahl vermeintlich modernerer Fächer im Bereich Kultur und Kommunikation genannt. Letzteren fehlt*

*allerdings ein erhebliches Potenzial, wenn die Studierenden die betreffenden Sprachen nicht mehr gründlich lernen. Auch andere Sprachstudien befinden sich im freien Fall.*

## Dänische Freude über deutsche Studierende

Flensburg Avis, 2.8.2012

*Immer mehr Deutsche schreiben sich für ein Studium in Dänemark ein. Der Anstieg von generell 14 Prozent mehr Studienplatzbewerbungen an der Syddansk Universitet ist vor allem auf die Sonderburger Studiengänge zurückzuführen (No. 7.7.). Vgl. GFH 3/2011, S. 231, 232 u. 242.*

## Willkommen in der deutsch-dänischen Kulturregion

Der Nordschleswiger, 2.8.2012

*Beim Jahrestreffen des Baltic International Ecumenical Network trafen etwa 100 Vertreter aller Ostseeanrainerstaaten u.a. am Grenzübergang Kupfermühle/Krusau zusammen. Das interkonfessionelle Netzwerk besteht seit 2001. Gastgeber war die Kommune Sonderburg mit ihrem Kulturausschussvorsitzenden Stephan Kleinschmidt.*

## Bessere Zeiten für Sinti und Roma in Sicht

Flensburg Avis, 14.8.2012

*Die schleswig-holsteinische Landesregierung kündigte an, den Schutz der Sinti und Roma als autochthone Minderheit künftig in Artikel 5 der Landesverfassung verankern zu wollen. In seiner Landtagsrede am 23.8. begründete Ministerpräsident Torsten Albig diesen Schritt u.a.*

damit, dass diese Volksgruppe ebenso wie Dänen und Friesen ein „elementarer Teil Schleswig-Holsteins“ sei und dass man mit dem verfassungsmäßigen Schutz der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein dem bereits 1997 von der Bundesrepublik unterzeichneten Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten nachkomme. Zuvor war die Verfassungsänderung zugunsten der Sinti und Roma mehrmals am Widerstand der CDU-Fraktion gescheitert (GFH 3/2011, S. 230).

Dänen planen kein CO<sub>2</sub>-Lager in der Nordsee

Der Nordschleswiger, 16.8.2012

*Das neue Gesetz zur Verpressung von CO<sub>2</sub> unter dem Meeresboden (Carbone Capture and Storage) verunsichert die Politik an der Wattenmeeresküste, da man bei Anwendung desselben in diesem Bereich negative Folgen für das Welterbe Wattenmeer fürchtet (FT 9.7.). Nach Protesten u.a. von Seiten der schleswig-holsteinischen FDP (No. 15.8.) dementierte die dänische Regierung, dass man ein unterseeisches CO<sub>2</sub>-Lager in der Nordsee unweit der Wattenmeeresküste plane. Man habe lediglich eine strategische Umweltprüfung vorgenommen, weil in dem genannten Gebiet Ölvorkommen vermutet werden. Zuvor hatte es Streit um ein CO<sub>2</sub>-Lager auf der nordfriesischen Geest gegeben (GFH 4/2011, S. 294).*

Immer mehr Kinder von Geschwisterregel betroffen

Flensburg Avis, 18.8.2012

*Nachdem einige Fälle bekanntgeworden waren, wonach die Herausnahme eines*

*Kindes aus einer dänischen Minderheitenschule den unmittelbaren Ausschluss auch der Geschwister aus den dänischen Einrichtungen zur Folge hatte, geriet dieses bisher beim Dansk Skoleforening übliche Verfahren erstmals an eine breite Öffentlichkeit außerhalb der Minderheit (auch im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR-Fernsehens am 1.9.) – und stieß auf breite Ablehnung und Unverständnis. Auch in der Minderheit selbst entspann sich umgehend eine Kontroverse in Bezug auf die Identität der Minderheit. Letztlich sprach der Gemeinsame Rat (Samråd) die Empfehlung aus, Einzelfälle künftig genauer zu prüfen. – Bei den deutschen Nordschleswigern existiert eine vergleichbare Regel nicht.*

Knivsberg-Gedenkstätte: Es war kein ehrenvoller Krieg

Der Nordschleswiger, 20.8.2012

*Genau 50 Jahre nach ihrer Einweihung wurde die bisher als „Ehrenhain“ bezeichnete Gedenkstätte für die Toten des Zweiten Weltkriegs aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig umbenannt (GFH 2/2012, S. 120). Offiziell hatte es nie einen Beschluss über den Namen „Ehrenhain“ gegeben, doch konnte sich dieser im damaligen Zeitgeist durchsetzen. Der Wunsch nach der offiziellen Benennung „Gedenkstätte“ war aus den Reihen der Minderheit selbst gekommen, nicht zuletzt um die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte weiter voranzubringen. „Für die deutsche Minderheit ist der Beschluss ein Beitrag zur Selbstfindung, ja zur Selbstbefreiung. Er war nach außen und innen längst fällig und gibt nun der heutigen Generation alle jene demokratischen Möglichkeiten, die der damaligen*

Generation mit so tragischen Folgen verwehrt wurden“, kommentierte Siegfried Matlok im Nordschleswiger (21.8.). – Nach Bekanntgabe des Beschlusses hatte ein Artikel in der Wochenzeitung Weekendavisen (Tidsloppen, 16.3.) für Aufsehen gesorgt, in welchem der deutschen Volksgruppe eine zu langsame Aufarbeitung der eigenen Geschichte vorgeworfen wurde und nicht zuletzt die Benennung eines Gebäudes auf dem Knivsberg nach Julius Langbehn kritisiert wurde.

Sprachliche Vielfalt soll sich wiederholen

Flensburg Avis, 20.8.2012

Eine neue Initiative zum Sprachenland Nordfriesland, initiiert vom Nordfriisk Instituut, dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag und anderen, wird erneut einen Preis für besonders sprachfreundliche Handlungen und Strukturen in den Gemeinden Nordfrieslands ausschreiben.

Rumänen überholen Deutsche bei Zuwanderung

Jydske Vestkysten, 26.8.2012

Im laufenden Jahr haben mehr rumänische als deutsche Staatsbürger neu ihren Wohnsitz in Dänemark genommen, was in der Regel mit der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses in Verbindung steht. Begründet wird die weitere Abnahme deutscher Zuwanderung mit der besseren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, während die Lage im Balkanland zuletzt wieder unsicherer geworden war. Tatsächlich nimmt die Anzahl der deutschen Staatsbürger in Dänemark sogar wieder ab: Waren es zu Beginn der Jahres 31.716 Personen, kamen 2012

im ersten Quartal 289 neue hinzu, doch verließen im gleichen Zeitraum 489 Deutsche das Land (o. 3.9.).

Verkehr mit Zukunft

Der Nordschleswiger, 29.8.2012

Das dänische Verkehrsministerium hat nun endgültig den Weg für die Beseitigung eines der beiden nordschleswischen Schienenengpässe freigemacht: Insgesamt 700 Mio Kronen sollen in die Rekonstruktion des zweiten Gleises zwischen Woyens und Vamdrup investiert werden (GFH 2/2012, S. 124). Auf einer Wirtschaftskonferenz in Pattburg mit Vertretern des deutschen und des dänischen Verkehrsministeriums wurde der Grenzort als Drehscheibe für den kombinierten Schienen- und Straßengüterverkehr ausesehen. Als Problem wurde jedoch festgestellt, dass der Güterverkehr auf der Schiene in Dänemark „in den vergangenen zehn Jahren weitgehend abgewürgt“ worden ist und fast nur noch aus Transittransport besteht. Zudem habe man in den 1990er Jahren versäumt, die Hauptstrecken in Jütland nördlich und westlich von Fredericia zu elektrifizieren. Bereits beim Treffen der deutsch-dänischen Verkehrskommission in Tønder war man sich bei der Analyse und den Zukunftsgedanken zum Eisenbahnverkehr einig (No. 21.8.). Keinen Durchbruch erzielte man hingegen bei der Frage der Ausweitung des Pilotprojektes über die Zulassung von so genannten „Gigalinern“ auf Schleswig-Holsteins Autobahnen, was von der dänischen Regierung gefordert wird und schon Thema im Folketing war (No. 2.8.). Ferner sagte die Bahngesellschaft NEG zu, dass die Fahrtzeit auf der Westküstenbahn zwischen Niebüll und Esbjerg um bis zu ein Viertel beschleunigt werden kann, wenn

*man die Fahrpläne besser anpasst und die Sicherheitsvorkehrungen beiderseits der Grenze vereinheitlicht (No. 14.9.).*

Minderheit entgeht Einsparungen

Flensburg Avis, 29.8.2012

*Im dänischen Haushaltsentwurf für 2013 ist trotz zahlreicher Einsparungen ein Plus von 9,1 Millionen Kronen für die dänischen Südschleswiger vorgesehen, so dass sich der staatliche Finanzierungsanteil im kommenden Jahr auf 457,4 Mio belaufen wird.*

Junge Union setzt Jagd auf SSW fort

Flensburg Avis, 29.8.2012

*Vertreter der Jungen Union Schleswig-Holstein melden erneut Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausnahme der Minderheitenpartei von der 5%-Sperrklausel bei Landtagswahlen an und kündigen die Anrufung des Oberlandesgerichtes oder sogar des Bundesverfassungsgerichtes an (s. GFH 2/2012, S. 127).*

Dänische Patienten wählen Flensburg

Flensburg Avis, 30.8.2012

*Die seit vielen Jahren erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strahlentherapie für Krebspatienten wird weiter fortgesetzt. Inzwischen ziehen rund 90 % der Betroffenen aus der Kommune Apenrade die Behandlung im Flensburger St. Franziskus-Hospital dem langen Weg zum Universitätsklinikum in Odense vor.*

Kostenloser Deutschunterricht für Eltern und Mitarbeiter in der Minderheit

Der Nordschleswiger, 31.8.2012

*Durch Unterstützung aus dem Auswärtigen Amt werden in Zusammenarbeit mit Højskolen Østersøen und dem Jugendhof Knivsberg Deutschkurse angeboten, um neu zur Minderheit gestoßenen Angehörigen (z.B. bisher des Deutschen weniger mächtige Ehepartner von Minderheitenangehörigen) und Mitarbeitern die Möglichkeit zur Verbesserung und Vertiefung ihrer Deutschkenntnisse zu bieten.*

Abschied von einem beliebten Oberstleutnant

Der Nordschleswiger, 1.9.2012

*Mit Erreichen der Altersgrenze verließ Oberstleutnant Viggo Ravn seinen Posten als Standortkommandant der Sonderburger Heereskaserne. Auf beiden Seiten der Grenze wurde Ravn u.a. dadurch bekannt, dass er sich erfolgreich um eine stärkere Einbindung der deutschen Partner in die alljährlichen Gedenkfeiern zur Schlacht von Düppel (18.4.1864 – s. GFH 2/2012, S. 126) bemüht und dies auch gegen Widerstände weitergeführt hat.*

Erinnerung an ein schreckliches Leid  
Flensburg Avis, 3.9.2012

*Am Antikriegstag, dem 1. September, wurde in einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal Harrislee-Bahnhof der Opfer von Krieg und Gewalt gedacht. Schleswig-Holsteins Justiz-, Kultur- und Europaministerin Anke Spoorendonk, Vertreter der Gewerkschaften und Ludwig Hecker vom Verband der Verfolgten des Naziregimes*

*mahnten in ihren Reden, das Geschehene niemals zu vergessen und rechtsextremen Tendenzen in unserer Gesellschaft keinen Platz zu lassen.*

Neuer Fokus auf grenzüberschreitender Kultur

Flensburg Avis, 5.9.2012

*Die Kulturregion Sønderjylland will künftig nicht nur das Kulturangebot der vier nord-schleswigschen Kommunen vermarkten, sondern auch direkt mit den Kulturbüros der südschleswigschen Kreise zusammenarbeiten.*

Handelsbilanz glänzt

Der Nordschleswiger, 11.9.2012

*Dänemarks Wirtschaft schreibt weiterhin glänzende Zahlen vor allem beim Export. Hauptabnehmer ist nach wie vor Deutschland. Der Wert des dänischen Warenexport ins Nachbarland betrug 2011 8,4 Mrd Kronen (Gesamtexport: 52,2 Mrd). Vgl. GFH 2/2012, S. 134.*

Erfahrungen aus der Grenzregion begleiten Forscher hinaus in die Welt

Pressemitteilung des ECMI, 12.9.2012

*Neunzehn Forscher aus aller Welt erhielten in Flensburg nach Teilnahme an einem vom ECMI veranstalteten mehrwöchigen Seminar im Flensburger Rathaus ihr Diplom. Damit fließen die Erfahrungen der deutsch-dänischen Grenzregion und Minderheitenregelung immer häufiger auch in Studien zu anderen Gebieten ein (GFH 4/2011, S. 294).*

Bundespräsident Gauck stolz auf beide Minderheiten

Der Nordschleswiger, 13.9.2012

*Bei seinem ersten Besuch in Dänemark betonte der Bundespräsident die Bedeutung der Minderheiten/Volksgruppen für das deutsch-dänische Verhältnis. Bei dieser Gelegenheit traf er in Kopenhagen auch auf die Spitzenvertreter der deutschen Nordschleswiger. Er zeigte sich daran interessiert, beim 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel gemeinsam mit Königin Margrethe aufzutreten (No. 12.9. – vgl. GFH 1/2012, S. 49). Zudem sei Dänemark für ihn ein Land der Sehnsucht gewesen, war das Königreich von seiner Heimatstadt Rostock aus zu DDR-Zeiten doch das nächste Reiseziel der „freien Welt“, in das auch Fähren aus der Hansestadt fuhren.*

Wende macht Campus zur Europa-Universität

Flensburger Tageblatt, 13.9.2012

*Schleswig-Holsteins Wissenschaftsministerin erhöht den Etat der Flensburger Universität um eine halbe Million Euro, um den von der Koalition geplanten Ausbau zur Europa-Universität voranzutreiben. Vorgesehen sind u.a. mehr Lehrveranstaltungen auf Englisch, weitere deutsch-dänische Studiengänge und Europastudiengänge mit Studienzeit in Flensburg, Dänemark und in einem weiteren Land des Ostseeraumes. Mit einem neuen gemeinsamen Studiengang über Systemtechnik und e-Motion weiten die Flensburger Fachhochschule und die Syddansk Universität (Ingenieurstudien in Sonderburg) ihr grenzüberschreitendes Angebot weiter aus. Auch die Möglichkeit einer Promotion ist hierin eingeschlossen (Fl.A. 1.9.). Der-*

*weil erlebte die Fachhochschule Flensburg einen neuen Erstsemesterrekord mit über 1000 Neustartern (Fl.A. 11.9.).*

Visum-Absprache mit Deutschland noch nicht wieder erneuert

Der Nordschleswiger, 13.9.2012

*Dänemark hat das Abkommen über die Erteilung von Visa zwar mit Finnland, aber noch nicht mit Deutschland und Frankreich wieder aufgenommen, da man immer noch strengere Einreisebedingungen vorsieht (GFH 1/2012, S. 47).*

Vertrauen kennt keine Grenzen

Der Nordschleswiger, 14.9.2012

*Beim 11. dänisch-deutschen Schulsporttag trafen sich in Apenrade hunderte von Schülern aus der Region, um gemeinsam Sport zu treiben und neue Freundschaften zu schließen.*

SSW bereut nicht in die Regierung gegangen zu sein

Flensburg Avis, 17.9.2012

*Auf der Landesversammlung in Husum bestätigten die Spitzenvertreter der Partei der dänischen Minderheit, dass ihre erstmalige Teilnahme an einer Regierung ein richtiger Schritt gewesen sei, was von den meisten Mitgliedern ebenso gesehen werde. Der Vorsitzende Flemming Meyer verwies mit Hinblick auf die Kritik, dass der SSW als Minderheitenpartei einen besonderen Status habe, auf die Teilnahme von Minderheitenparteien in regionalen und lokalen Exekutivgremien in mehreren anderen Ländern.*

Die Grenze ist bald erreicht

Flensburg Avis, 17.9.2012

*Mit 1675 Teilnehmern setzte der diesjährige grenzüberschreitende Grenzlauf einen neuen Rekord.*

Mit Hochdruck an Universität im Grenzland arbeiten

Der Nordschleswiger, 20.9.2012

*Bei einem Treffen in Vejle beschlossen Süddänemarks Regionschef Carl Holst und Schleswig-Holsteins Europa- und Kulturministerin Anke Spoorendonk die Ausarbeitung eines grenzüberschreitenden Arbeitsplanes für 2013/14, etwa für die Bereiche Energie, Gesundheit, Kultur und Infrastruktur. Zudem solle die Idee einer Europa-Universität weiter vorangetrieben werden (vgl. auch GFH 4/1971, S. 193 f., 3/2011, S. 230), und auch der bevorstehende 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel solle für die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsperspektiven genutzt werden.*

Minister will Leben auf dem Lande, aber nicht auf Deutsch

Der Nordschleswiger, 22.9.2012

*Dem zunehmenden Problem unbewohnter Wohnstätten auf dem Lande will Bauminister Carsten Hansen mit einem neuen Zweitwohnsitzgesetz begegnen, so dass solche Häuser offiziell als Ferienhäuser genutzt werden können. Am europaweit fast einmaligen Verbot, dass Ausländer ohne festen Wohnsitz im Königreich keine Häuser erwerben dürfen, will Hansen jedoch nichts ändern.*

**Bitte beachten und vormerken**

## 9. Dialog ADS-Grenzfriedensbund

Die Dialogveranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes findet in diesem Jahr nicht wie gewohnt am letzten Donnerstag im Oktober statt, sondern ist auf Montag, den 12. November verschoben worden.

**Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen, am 12.11.2012, 19.00 Uhr im Best Western Hotel des Nordens in Harrislee, Alte Zollstraße 44, am 9. Dialog ADS-Grenzfriedensbund teilzunehmen.**

Die Welt-Finanzkrise hat den europäischen Kontinent und seine 27 Unionsmitglieder massiv getroffen. Keine der zum Teil vollkommen unterschiedlichen Regionen Europas bleibt von den Auswirkungen verschont. Trotzdem stehen einige Regionen besser da als andere.

Ist es ausschließlich die wirtschaftliche Kraft, die die Zukunft der Menschen einer Region sichert? Oder gibt es auch andere bedeutende Komponenten, die die Ausstrahlung und Anziehungskraft einer Region prägen und sie befähigen, die Zukunft zu bestehen?

### **Wir fragen beim 9. Dialog ADS-Grenzfriedensbund:**

#### **Wer entscheidet und was entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unserer Region?**

Diskutieren Sie diese und weitere Fragen mit unseren diesjährigen Podiumsgästen:

**Uwe Döring** Landesvorsitzender der Europa-Union  
Schleswig-Holstein und früherer Europaminister

**Siegfried Matlok** Chefredakteur der deutschen Tageszeitung  
in Dänemark „Der Nordschleswiger“

**Renate Schnack**  
Vorstandsmitglied des  
ADS-Grenzfriedensbundes



## Revolution 1848

Martin Rackwitz

Märzrevolution in Kiel 1848

Erhebung gegen Dänemark und  
Aufbruch zur Demokratie

Heide: Boyens, 2011. 247 S., ill.

In der jüngsten Zeit hat der Krieg von 1864 extrem viel Aufmerksamkeit erfahren, was nicht zuletzt durch die überaus erfolgreichen Veröffentlichungen Tom Buk-Swientys, aber auch die bald bevorstehenden 150. Jahrestage der Ereignisse jenes Epochenjahres für die Region begründet ist. Da ist es nur zu begrüßen, dass auch der vorangegangene Umbruch von 1848 – zuletzt ebenfalls im Zuge der 150. Jahrestage im Fokus der Öffentlichkeit – wieder vermehrt Gegenstand von neuen Forschungen und Veranstaltungen geworden ist. Drei Jahre nach seiner Veröffentlichung über Tagebuchaufzeichnungen aus Kiel in jener bewegten Zeit hat der Historiker Martin Rackwitz nun eine Studie zu den Ereignissen ab März 1848 und zur Mitwirkung schleswig-holsteinischer Politiker, die vor allem dem Umfeld der Kieler Universität entstammten, an der ersten deutschen Nationalversammlung vorgelegt.

In den einleitenden Kapiteln gibt der Verfasser einen kurzen Überblick über Schleswig-Holstein im damaligen Gesamtstaat und geht dann ausführlicher auf die Entwicklung der politischen Stimmung in der Universitätsstadt bis 1848 ein. Es folgt ein chronologisch aufgebauter Hauptteil zunächst mit der Ausrufung der

Provisorischen Regierung in Kiel und mit dem Beginn der Kriegshandlungen. Der eigentliche Schwerpunkt liegt dann aber auf der schleswig-holsteinischen Landesversammlung und den in den Monaten nach dem 24. März 1848 eingeleiteten Reformen mit dem „Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Schleswig-Holstein“ als Höhepunkt. Abgerundet wird das Werk mit einem Überblick über den Umgang mit dem „Erbe der Erhebung“ bis heute sowie mit Kurzbiografien der wichtigsten hier behandelten Politiker und einer chronologischen Übersicht über die Revolution von 1848 und ihre Folgen sowie die in jener bewegten Zeit häufig wechselnden Regierungen in Schleswig-Holstein. Leider fehlt ein Personenregister. Die verstreut gebrachten Illustrationen sind meist zeitgenössische Zeichnungen und Textwiedergaben, bei denen man sich mitunter mehr erklärende Bildtexte gewünscht hätte.

Martin Rackwitz gelingt es sehr gut, die im März 1848 in Kiel ausgelöste Revolution der Schleswig-Holsteiner auf der lokalen Ebene zu untersuchen, wie es einer Publikation der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte auch angemessen ist. Die Beleuchtung „im Rahmen der internationalen Verwicklungen“, die Herausgeber Jürgen Jensen in seinem Geleitwort ebenfalls ankündigt (S. 9), fällt hingegen eher bescheiden aus. Es wird immer wieder der „Aufbruch zur Demokratie“ hervorgehoben und die schnelle Ausarbeitung und Durchführung von demokratischen Reformen gründlich und ausführlich dargestellt, wobei auch die inneren politischen Konflikte (und nicht zuletzt die zunehmende „Politikverdrossenheit“) in Kiel bzw. bei den Schleswig-Holsteinern und in der

Nationalversammlung in der Paulskirche berücksichtigt werden. Dagegen wird – abgesehen von der gut beschriebenen Tätigkeit der schleswig-holsteinischen Abgeordneten in Frankfurt – nicht hinreichend deutlich, inwieweit die Reformen in Schleswig-Holstein größere Bedeutung für die Entwicklung in ganz Deutschland gehabt haben sollen. Auch wird der nationale Konflikt überhaupt nicht problematisiert; hier hätte das auf S. 56 zitierte Kampfgedicht aus dem Itzehoer Wochenblatt Anlass zu einer Bestandsaufnahme dieser Kehrseite der „Erhebung“ geben können, denn Diktion und Tonfall des Gedichts erinnern an schlimme Zeiten, die den Deutschen noch bevorstehen sollten, bevor sich die Demokratie erst ein Jahrhundert nach der Märzrevolution durchsetzen sollte. Auch dieser Aspekt, dass der „Aufbruch zur Demokratie“ letztlich keinen nachhaltigen Erfolg hatte (ganz im Gegensatz zum bald von konservativen Kräften übernommenen Nationalismus), kommt bei Martin Rackwitz zu kurz. Inwiefern das „geistige demokratische Erbe“ der „1848er in Schleswig-Holstein“ noch eine Rolle bei Reformen im späten Kaiserreich (welchen?) und in der Weimarer Republik gespielt haben mag (S. 166), wird nicht begründet. „Diese Publikation würdigt den Kampf der Kieler und der Schleswig-Holsteiner für Bürgerrechte, die Unabhängigkeit ihres Landes von Dänemark sowie ein geeintes und demokratisches Deutschland“, schreibt der Verfasser in seinem Vorwort (S. 11). Auch wenn man dem Verfasser gewiss in keiner Weise Dänenfeindlichkeit unterstellen kann, ist seine recht unkritische Sympathie für die Kieler Aufständischen von 1848 das ganze Buch hindurch unübersehbar. Dänemark wird zwar immer wieder als

Gegner im Hintergrund genannt, doch es wird höchstens am Rande erwähnt, dass die nationalen Gegner der Schleswig-Holsteiner in Kopenhagen politisch ähnliche Motive und Modernisierungsbestrebungen hatten – und mit der Verabschiedung des Grundgesetzes für das Königreich am 5.6.1849 anders als die Deutschen nachhaltigen Erfolg hatten. Hier ist es ein Nachteil, dass keine dänische Literatur herangezogen wurde. Besonders deutlich wird dieser Mangel bei der Darstellung der weiteren Entwicklung (S. 167 f.), welche kaum auf die Lage (und durchaus erfolgte Reformversuche) in den Jahren ab 1851 eingeht, die Ereignisse von 1863/64 nur aus deutscher Perspektive aufzeigt und dann noch ausführlich die (deutsch-schleswig-holsteinische) Erinnerungskultur in Bezug auf 1848 beleuchtet, immerhin mit einer abschließenden Würdigung der gemeinsamen deutsch-dänischen Bestrebungen der jüngsten Jahrzehnte.

Die Stärke des Buches liegt vor allem in der lebendigen und quellennahen Darstellung, so dass der Leser die Stimmung bei den damals Beteiligten gut nachvollziehen kann. Die größte Schwäche des Buches ist die leider oft allzu enge Perspektive, durch welche die Einordnung in die übergeordneten Zusammenhänge erschwert wird.

*Gerret Liebing Schlaber*

#### 125 Jahre Auguste-Viktoria-Schule

125 Jahre Auguste-Viktoria-Schule  
Flensburg  
Geschichte und Gegenwart (2010/2011)  
Hrsg. v. d. Auguste-Viktoria-Schule  
Flensburg, Flensburg 2011, 214 S.,  
zahlr. Abb.

Die Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg gehört zu den Schulen, deren Geschichte seit der Gründung 1886 oft beschrieben wurde. Jubiläumsschriften in Buchform sind dreimal erschienen (1936, 1961, 1986). Und das mit gutem Grund, denn die AVS war von 1886 bis weit ins 20. Jahrhundert die einzige Schule in der Region, die Mädchen eine höhere Bildung, seit 1923 auch eine zum Hochschulzugang berechtigende Reifeprüfung bot. Auch heute gehört die AVS zu den großen Gymnasien, zudem mit innovativen Traditionen, die seit 2006 mit der Auszeichnung „Zukunftsschule in Schleswig-Holstein“ gewürdigt werden.

Es ist also berechtigt, dass die Geschichte der Schule zum 125-jährigen Geburtstag bis heute fortgeführt wurde, in einer Festschrift, die zugleich Jahrbuch der AVS 2010/2011 ist. Der Jahrbuchteil (S. 95-214) ist eine Jahreschronik mit Artikeln und Berichten über das vielseitige Leben der heutigen Schule, geschrieben von Schülern, Lehrern und Freunden der Schule, natürlich mit Fotos aller Schulklassen und Fotos vieler Geschehnisse des Berichtsjahres.

Der einleitende Hauptbeitrag (S. 11-94) ist eine historische Dokumentation wichtiger Entwicklungsschritte der AVS, aus der Feder des bewährten Historikers der AVS, Dr. Jörn-Peter Leppien. Man erkennt den erfahrenen Pädagogen: Text und Illustrationen sind optimal koordiniert, die ganze Darstellung ist durch Illustrationen belegt und die Aussagen der Bilder werden problematisiert. Mehrmals kann die Darstellung einen Hinweis auf Resultate geben, die von Schülern in Leistungskursen und Ausstellungsprojekten der letzten Jahre gewonnen wurden.

Der Leser bekommt durch die leicht lesbare Darstellung einen nützlichen Über-

blick über die Eckpunkte der 125-jährigen Schulgeschichte: die Ziele des Staates und der bürgerlichen Oberschicht bei der Ausbildung der „höheren“ Töchter in der Kaiserzeit, die vorsichtige Demokratisierung der höheren Mädchenbildung in den Weimarer Jahren, d. h. die schrittweise Wegbahnung zum vollwertigen Abitur. Interessant ist die Darlegung der unterschiedlichen Ziele und Atmosphären: die „vaterländische“ Schulerziehung der Kaiserzeit, die langlebige Kaisertrübe in den 1920er Jahren sowie die Umstellung nach den Forderungen des totalitären Staats nach 1933, das Hineinwachsen in neue demokratische Wertvorstellungen nach 1945, Einführung der Koedukation von Mädchen und Jungen 1965 und das deutliche historisch-politische Engagement der AVS seit den 1980er Jahren. Eine kritische Distanz wird in der Hervorhebung der nach 1945 lange fehlenden Auseinandersetzung mit der Schulgeschichte der Nazi-Jahre deutlich. Mehrmals wird die wechselvolle Geschichte durch interessante Schülerbiographien verdeutlicht, z. B. aus dem jüdischen Bevölkerungsteil und der dänischen Minderheit.

Die AVS ist eine der innovativen Schulen, wo neue Tendenzen früh zur Entfaltung gekommen sind, und so werden für die letzten Jahrzehnte wichtige allgemeine schulpolitische Tendenzen und Praktiken exemplifiziert: die frühe Praxis der Grund- und Leistungskurse im Fach Dänisch, die Zusammenarbeit mit anderen, auch dänischen, Schulen, die Aufnahme ausländischer Mitschüler, die Durchführung internationaler Austauschprogramme, die bahnbrechende Einführung der Projekt-tage, das erfolgreiche Engagement auf sozialpolitischem Feld (Praxis eines „Sozialen Tages“ / „Operation Dagsværk“), die Einführung von bilinguaem Unterricht und

bilingualen Abiturprüfungen. Mit Recht ist die Darstellung dieser Innovationen von einem gewissen Stolz getragen.

Für die letzten Jahrzehnte bekommt die Darstellung natürlich ein bisschen den Charakter einer positiven Selbstdarstellung, die jedoch immer faktenbezogen und auch für die allgemeine Schulgeschichte relevant ist.

Die Quellengrundlage ist breit – Schularchiv, Schuljahrbücher, Literatur und Erinnerungen ehemaliger Schüler/innen. Unterwegs vermisst man hier und dort die präzise Quellenangabe. Kurz: eine Schulgeschichte, durch die auch Einblicke in die allgemeinen pädagogischen Tendenzen über mehr als ein Jahrhundert gewonnen werden können.

*Lars N. Henningsen*

#### Besatzung Dänemarks und Widerstand 1940-1945

Jørgen Kieler

Dänischer Widerstand gegen den  
Nationalsozialismus

Ein Zeitzeuge berichtet über die Geschichte  
der dänischen Widerstandsbewegung  
1940 - 1945

Aus dem Dänischen übersetzt und mit  
einem Nachwort versehen von Therkel  
Stræde. Hannover: Offizin, 2011. 367 S., ill.

In Dokumentationen über den Zweiten Weltkrieg spielt der deutsche Einmarsch in Dänemark und Norwegen Anfang April 1940 oft keine Rolle. Dies mag nicht verwundern, da das Besatzungsregime hier nicht mit jenem in Osteuropa zu vergleichen ist und der Norden eher als Nebenkriegsschauplatz wahrgenommen wird. Es gab jedoch auch im Norden Perso-

nen, die im Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft ihr Leben aufs Spiel setzten, was auch Folgen für die Familien hatte. Um diese im deutschen Sprachraum kaum bekannten Menschen mehr in Erinnerung zu bringen, hat Therkel Stræde, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Süddänemark in Odense, das Erinnerungsbuch des ehemaligen dänischen Widerstandskämpfers und KZ-Häftlings Jørgen Kieler ins Deutsche übersetzt. Kieler hatte ein bewegtes Leben, er hat seine Standpunkte und ist ein scharfer Beobachter seiner Zeit. Auch die nüchterne und reflektierte Darstellung der Ereignisse während des Krieges machen sein Buch äußerst lesenswert. Die dänische Version der Autobiographie Jørgen KIELERS trägt den Titel „Hvorfor gjorde I det?“ [Warum habt Ihr das getan?]. Diese wurde erstmals 2001 in zwei Bänden publiziert. Die vorliegende deutsche Ausgabe ist wesentlich gekürzt, aber in engem Kontakt zwischen Autor und Übersetzer auch an zahlreichen Stellen revidiert und ergänzt worden.

Der im Jahr 1919 in Horsens geborene Jørgen Kieler hielt sich Ende der 1930er Jahre als Student in München, Paris und Cambridge auf und studierte dann Medizin in Kopenhagen. Dort wohnte Kieler mit drei seiner Geschwister zusammen, die sich gemeinsam u.a. an der Herstellung und Verteilung illegaler Zeitungen, der Rettung der dänischen Juden nach Schweden im Herbst 1943 und am Sabotagekampf beteiligten. Im Februar 1944 wurden sie verhaftet und die Brüder Jørgen und Flemming im Herbst desselben Jahres ins KZ Porta Westfalica deportiert, ein Außenlager des KZ Neuengamme. Als Jørgen Kieler im März 1945 nach Neuengamme überstellt wurde, um mit den skandinavischen „Weißen Bussen“ aus dem

KZ-Lager gerettet zu werden, war er wegen Erschöpfung und Hunger dem Tode sehr nahe. Nach der Beendigung seines Medizinstudiums im Jahr 1947 machte Kieler gemeinsam mit einigen Kollegen ärztliche Nachuntersuchungen von überlebenden KZ-Häftlingen aus Dänemark, um das sogenannte KZ-Syndrom zu erforschen. Dabei wurde die Grundlage für eine dänische Gesetzgebung zur praktischen Regelung der Entschädigung der betroffenen Personen geschaffen. Danach machte Kieler Karriere als international anerkannter Krebsforscher.

Kieler baut die Darstellung seiner eigenen Erfahrungen auf seinem fundierten Wissen über die Zeit der deutschen Besatzung Dänemarks auf. Er erzählt in seinem Buch die Geschichte der deutschen Besatzung Dänemarks aus der Sicht eines jungen Studenten, der sich für den aktiven Widerstand entschieden hatte. Wenn es um die ausführlich beschriebenen Mitstreiter geht, wird in der deutschen Übersetzung konsequent das Wort „Genossen“ verwendet. Dies erscheint problematisch, da der Begriff eher mit sozialistischen Kreisen verbunden wird, Kieler aber eine bürgerliche, nationalkonservative Wertgrundlage hat. Eine große Qualität des Textes ist es hingegen, dass Kieler in den kollektiven Darstellungen seine damaligen Mitstreiter zitiert und u.a. auch eigene Aufzeichnungen aus dieser Zeit, Polizeiberichte und Verhörprotokolle von Gestapo-Beamten, die nach dem Krieg gemacht wurden, mit einbezieht, um die Handlungsverläufe zu beschreiben.

In seinem Nachwort bringt Therkel Stræde eine kurze und prägnante Einführung in die Zeit der deutschen Besatzung Dänemarks, die dänische Historiographie und die Streitpunkte bei der Interpretation dieser Zeit. Dies ist wichtig für das Verständ-

nis von KIELERS häufige kritische und erklärende Bemerkungen. Er legt Wert darauf, die Vergangenheit aus ihren eigenen Bedingungen heraus zu beschreiben und zeigt an vielen Beispielen, was man zum jeweiligen Zeitpunkt wissen oder nicht wissen konnte. So wussten die Helfer am Anfang der Rettungsaktion der dänischen Juden nicht, dass die Gefahr einer Verhaftung nicht sehr groß war. Auch Motive, Überlegungen, Skrupel und Bedenken der Widerstandskämpfer will Kieler beleuchten. Dabei setzt er sich kritisch mit jenen dänischen Zeithistorikern auseinander, die die Kollaborationspolitik mit dem deutschen Besatzungsregime für die damals beste Lösung halten – der Widerstand sei bis zum Rücktritt der dänischen Regierung 1943 auch gegen diese Politik gerichtet gewesen.

Jørgen Kieler schließt sein Buch mit dem Satz „Es war ein sehr langer Krieg“, nachdem er erzählt hat, dass es bis zum Jahr 2005 gedauert habe bis der Zweite Weltkrieg für ihn zu Ende ging, er aber noch immer an den Folgen seiner KZ-Gefangenschaft leide. Auch an anderen Beispielen führt Kieler den Lesern vor Augen, dass der Krieg nicht zuletzt für die Überlebenden der KZ-Lager und deren Familien, aber auch für Dänemark als Land eine Nachwirkung bis in die Gegenwart hat. Daher ist das Erinnerungsbuch von Jørgen Kieler nicht nur eine Quelle der Vergangenheit, sondern hat auch einen sehr aktuellen Bezug.

*Merethe Aagaard Jensen*

Peter Buhrmann, ph.d.  
Højskolen Østersøen  
Flensborgvej 45  
DK-6200 Aabenraa

Dr. Lars N. Henningsen  
Jørgensgaard 436  
DK-6200 Aabenraa

Jens Christian Jacobsen  
Marienhof 15  
24939 Flensburg

Merethe Aagaard Jensen, M.A.  
Institut für jüdische Geschichte  
Österreichs  
Dr. Karl Renner-Promenade 22  
A-3100 St. Pölten

Frank Jung  
Schleswig-Holsteinischer  
Zeitungsverlag  
Redaktion  
Nikolaistraße 14  
24937 Flensburg

Stephan Kleinschmidt  
Ringridervej 10A 1, th  
DK-6400 Sønderborg

Dr. Matthias Scharf  
Kulturstiftung des Kreises  
Schleswig-Flensburg  
Suadicanistraße 1  
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Deutsches Gymnasium für  
Nordschleswig  
Svinget 26  
DK-6200 Aabenraa

*Matthias Scharl, „Seine ehrlose Gesinnung hat sich schon in seinem Vorleben gezeigt“. Die Affäre um den NSDAP-Kreisdeputierten Otto Gestefeld aus Tolk bei Schleswig 1934/35* Abb. 1 u. 5: Schleswiger Nachrichten, 27.4.1933 u. 24.9.1935; Abb. 2 u. 4: Kreis- und Stadtarchiv Schleswig-Flensburg; Abb. 3: Geheimes Staatsarchiv Berlin

*Jens Jacobsen, „Heimtückische“ Sozialdemokraten in Flensburg 1933-1945* Abb. 1: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 358/378; Abb. 2: Internationaler Suchdienst (ITS) Arolsen, KZ Sachsenhausen, Copy of Doc. No. 4113011#1 (1.1.1381/0001-0189/0185/0246); Abb. 3: Herbert Ohlfen, Flensburg; Abb. 4: LAS, Abt. 358/624

*Peter Buhrmann, Dänisch und Deutsch. Rede beim Knivsbergfest 2012* Abb. 1 u. 2: Der Nordschleswiger. Fotos: Karin Riggelsen

*Frank Jung, Rückkehr. Interview mit der Landesbeauftragten für Minderheiten Renate Schnack* Abb. S. 187: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag. Foto: Frank Jung

*Stephan Kleinschmidt, Kulturhauptstadt 2017. Kandidatur Sonderburgs gescheitert, aber nicht vergeblich* Abb. S. 191: [www.sonderborg2017.dk/da/her-er-vi/billedgalleri/](http://www.sonderborg2017.dk/da/her-er-vi/billedgalleri/)



**Postvertriebsstück**

**C 3340 F**

**Entgelt bezahlt**

**ADS-Grenzfriedensbund e. V.**

**Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg**

**ISSN 1867-1853**